


181. Sitzung, Montag, 15. September 2014, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*
Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen *Seite 12550*
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 12551*
- Sitzungsplanung *Seite 12551*

2. Wahl eines Mitglieds des Bankrates der ZKB

 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 für den zurücktretenden Alfred Binder

 KR-Nr. 213/2014..... *Seite 12552*
**3. Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates der
Elektrizitätswerke des Kantons Zürich**

 Antrag der Interfraktionellen Konferenz
 für den zurückgetretenen Urs Ramer

 KR-Nr. 214/2014..... *Seite 12553*
4. Genehmigung des Energieplanungsberichts 2013

 Antrag des Regierungsrates vom 4. Dezember 2013
 und geänderter Antrag der Kommission für Energie,
 Verkehr und Umwelt vom 6. Mai 2014 **5047a**

 (gemeinsame Behandlung mit Vorlage 4986a)..... *Seite 12554*

5. Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Antrag des Regierungsrates vom 30. April 2013 zur Behördeninitiative KR-Nr. 180/2011 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 26. August 2014 **4986a**

(gemeinsame Behandlung mit Vorlage 5047a) Seite 12554

Verschiedenes

- Rücktrittserklärungen
 - *Gesuch um Rücktritt aus dem Kantonsrat von Andreas Wolf, Dietikon*..... Seite 12608
- Schützenkönigin des Knabenschiessens 2014 Seite 12608
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 12608

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Ich begrüsse auf der Tribüne die höchste Stadtzürcherin, Gemeinderatspräsidentin Dorothea Frei. Guten Morgen. (*Applaus.*)

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf acht Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 106/2014, Steuerforderungen in Millionenhöhe nicht verjähren lassen
Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich)
- KR-Nr. 120/2014, Automatische Übertragung von ZKB-Hypotheken
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 124/2014, Neues Tabakproduktegesetz: Vernehmlassung des Kantons
Markus Schaaf (EVP, Zell)

- KR-Nr. 140/2014, Der Halbtoten wieder Leben einhauchen
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 152/2014, Einsatz von altem Rollmaterial auf der S7
Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)
- KR-Nr. 154/2014, Verletzung des Amtsgeheimnisses dank Quellenschutz
Hans Egli (EDU, Steinmaur)
- KR-Nr. 164/2014, Eigentalstrasse – wie weiter?
Michael Welz (EDU, Oberembrach)
- KR-Nr. 171/2014, Das Armenhaus an der Eulach und seine Bonität
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Erhebung Solarpotenzialkarte Strom und Wärme für den Kanton Zürich**
Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 82/2012, Vorlage 5115

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Nachwahl von Mitgliedern des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2013–2019**
Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5120

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Genehmigung der Abrechnung des Rahmenkredits 2002–2010 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes**
Vorlage 5121

Zuweisung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit:

- **Krebsregistergesetz (KrReG)**
Vorlage 5122

Sitzungsplanung

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Dann habe ich noch eine Information für Sie, die Sie interessieren wird. Es geht um die Ratssitzungsplanung. Ich darf Sie informieren, dass die Nachmittagssitzung vom 29. September 2014 ausfallen wird.

2. Wahl eines Mitglieds des Bankrates der ZKB

für den zurücktretenden Alfred Binder

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 213/2014

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

René Huber, SVP, Kloten.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt?

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Ich verlange geheime Wahl.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Da es sich um eine einzelne Kandidatur handelt, die nicht bestritten ist, finde ich es unnötig, dass wir uns in eine geheime Wahl begeben. Darum beantrage ich, wie schon traktandiert, die offene Wahl.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Wir stellen fest, ob der Antrag auf geheime Wahl von einer Mehrheit der Ratsmitglieder unterstützt wird.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 145 : 5 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), den Antrag auf geheime Wahl abzulehnen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Die Wahl kann offen durchgeführt werden. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 43 litera a des Geschäftsreglements, René Huber als Mitglied des Bankrates der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) gewählt.

Ich gratuliere ihm zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates der EKZ

für den zurückgetretenen Urs Ramer

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 214/2014

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Rolf Schaeren, CVP, Dietikon.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 43 litera a des Geschäftsreglements, Rolf Schaeren als Mitglied des Verwaltungsrates der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) gewählt. Ich gratuliere auch ihm zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Genehmigung des Energieplanungsberichts 2013

Antrag des Regierungsrates vom 4. Dezember 2013 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 6. Mai 2014 **5047a**

(gemeinsame Behandlung mit Vorlage 4986a)

5. Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken

Antrag des Regierungsrates vom 30. April 2013 zur Behördeninitiative KR-Nr. 180/2011 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 26. August 2014 **4986a**

(gemeinsame Behandlung mit Vorlage 5047a)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir kommen nun zur heutigen Energiedebatte. Eintreten auf beide Vorlagen ist obligatorisch. Am 1. September 2014 haben Sie gemeinsame Beratung dieser Geschäfte beschlossen. Wir werden also diese zwei Geschäfte gemeinsam diskutieren und anschliessend getrennt darüber abstimmen. Für das Geschäft «Genehmigung des Energieplanungsberichts 2013» liegen ausserdem zwei Rückweisungsanträge mit verschiedenen Begründungen vor, nämlich der Minderheitsantrag von Andreas Wolf sowie der Rückweisungsantrag von Yvonne Bürgin. Diese zwei Rückweisungsanträge werden wir gegeneinander ausmehren und danach über den obsiegenden abstimmen.

Minderheitsantrag Andreas Wolf, Robert Brunner, Marcel Burlet, Andreas Hasler, Ruedi Lais, Roland Munz, Barbara Schaffner:

Der Energieplanungsbericht 2013 wird aus folgenden Gründen an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen:

1. Entgegen der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 möchte der Regierungsrat bis ins Jahr 2050 an der Atomenergie festhalten, was einer Betriebsdauer von 66 Jahren gleichkäme – für AKW, die ursprünglich für dreissig Betriebsjahre geplant waren. Sowohl aus sicherheitstechnischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen ist das für uns nicht zu verantworten.

2. Bei der Sanierung der Gebäudefassaden herrscht ein grosser Nachholbedarf, wie der Regierungsrat im Bericht selber schreibt. Entsprechende Massnahmen lehnt er jedoch mit Hinweis auf die Erneuerungsrate ab.

Insbesondere im Bereich der Mietobjekte ist es aber dringend nötig, Anreize für Sanierungen zu schaffen, da das Energiesparpotenzial dort riesig ist und mit relativ geringem Aufwand ausgeschöpft werden könnte.

3. Im Bereich des Energieverbrauchs im Verkehr (Land- und Luftverkehr der Zürcher Bevölkerung) muss der Kanton Zürich einen Absenkpfad definieren. Hier genügen die rein technischen Fortschritte im Fahrzeugbau keinesfalls; es braucht nach dem 50%-Richtplan-Entscheid des Kantonsrates zum Modalsplit weiteren Druck, um tatsächlich Energie einsparen zu können.

4. Insgesamt fehlen Ansätze, Ideen und Strategien, die über die bisherige Energiepolitik des Kantons hinausgehen. Mit einer Weiter-wie-bisher-Planung lassen sich weder die Ziele des Bundes noch diejenigen der Vision 2050 des Kantons erreichen. Neben verstärkten Anstrengungen zur Energieeffizienz sollte auch dem Thema Suffizienz vermehrt Beachtung geschenkt werden – sowohl in Bezug auf die eigene Vorbildwirkung (gutes Beispiel KEF-Ziele zur Senkung des Flächenbedarfs für Büroarbeitsflächen) als auch in Bezug auf die Bevölkerung. Die Substitution alter, ineffizienter Geräte (z. B. Elektroheizungen) ist voranzutreiben.

Antrag von Yvonne Bürgin und Gerhard Fischer:

Der Energieplanungsbericht 2013 wird aus folgenden Gründen an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen:

Begründung: Über die Axpo ist der Kanton Zürich an 4 der insgesamt 5 Schweizer Kernkraftwerke beteiligt. Der Energieplanungsbericht 2013 entspricht im Bereich der Atomenergie nur grundsätzlich der Stossrichtung des Bundesrates und im Gegensatz zum Bund setzt der Regierungsrat auf die Strategie Fortschritt und nicht auf Verzicht. Die Strategie des Regierungsrates muss klare Aussagen zum Ausstieg aus der Kernenergie enthalten. Es sind keine neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen und zumindest die vier KKW mit Zürcher Beteiligung sind am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillgelegt.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Ich danke der Geschäftsleitung und dem Ratspräsidium für die heutige Energiedebatte im Namen unserer Kommission. Die gemeinsame Beratung und die aufeinanderfolgende

Traktandierung der folgenden sechs Geschäfte soll ja vermeiden, dass wir bei jedem einzelnen Geschäft die Differenzen in unserer unterschiedlichen Haltung in der Energiepolitik noch einmal austauschen. Dies soll vorab bei den Vorlagen 5047 und 4986 geschehen können.

Am 8. September 2014, also am letzten Montag, haben Sie einen weiteren Rückweisungsantrag erhalten, von der CVP und der EVP, und ich komme hier nicht darum herum, einen leisen Tadel auszusprechen. Die Position des Bundesrates ist mit der Vorlage an die eidgenössischen Räte vom 4. September 2013 bekannt, jene des Regierungsrates seit der Antragstellung zum Energieplanungsbericht vom 4. Dezember 2013. Also seit neun Monaten wissen wir, dass diese beiden Positionen nicht genau übereinstimmen. Und der Rückweisungsantrag, der dies aufnimmt, stammt jetzt also vom letzten Montag und führte zu wahrscheinlich einigen Dutzend Telefonaten, SMS und Emails. Die Fraktionen, die in der KEVU nicht vertreten sind, haben Zugang zu sämtlichen Dokumenten der KEVU und hätten sich rechtzeitig in die Debatte, die bei uns im Mai 2014 beendet wurde, einschalten können. Soweit mit Tadel und jetzt widme ich mich dem Geschäft.

Gemäss dem 2010 geänderten Paragraphen 4 des Energiegesetzes legt der Regierungsrat alle vier Jahre unserem Rat einen Energieplanungsbericht zur Genehmigung vor. Der letzte im Kantonsrat behandelte Bericht stammte von 2006 und musste gemäss dem damals geltenden Paragraphen 4 lediglich zur Kenntnis genommen werden. Im Dezember 2010 legte uns der Regierungsrat den Energieplanungsbericht 2010 vor. Am 11. März 2011 wurde das Atomkraftwerk Fukushima in der Folge eines Seebebens und eines Tsunami zerstört. Dessen Umgebung ist seither radioaktiv verseucht und teilweise unbewohnbar. In der Folge legte der Bundesrat am 25. Mai 2011 eine neue nationale Energiestrategie 2050 vor. Der Regierungsrat reagierte auf diese neue energiepolitische Situation, indem er den Energieplanungsbericht 2010 wieder zurückzog. Mit Datum vom 4. Dezember 2013 legt er uns nun den Energieplanungsbericht 2013 vor.

Doch nicht nur von oben, von der nationalen Ebene, wird die kantonale Energiepolitik beeinflusst. Von unten, vom Gemeinderat der Stadt Zürich, stammt die Behördeninitiative 4986 vom 6. Juni 2011, welche verlangt, dass der Kanton eine Energiestrategie ohne nukleare Risiken ausarbeite. Sie wurde am 31. Oktober 2011 mit 78 Stimmen vorläufig unterstützt. Der Regierungsrat beantragte uns am 30. April 2013, diese Behördeninitiative abzulehnen. Die KEVU hat den Energieplanungsbericht an fünf und die Behördeninitiative an drei Sitzungen behan-

delt. Sie beantragt Ihnen mehrheitlich, den Bericht zu genehmigen und die Behördeninitiative abzulehnen. Eine Minderheit beantragt, den Energieplanungsbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Sie stimmt der Behördeninitiative zu und will somit den Regierungsrat damit beauftragen, uns innert eines Jahres eine Umsetzungsvorlage vorzulegen.

Der Regierungsrat orientiert sich in seiner Strategie für die kantonale Energiepolitik am CO₂-Ziel, das Paragraf 1 des Energiegesetzes vorgibt. Bis 2050 soll der CO₂-Ausstoss im Kanton Zürich auf 2,2 Tonnen pro Einwohner und Jahr reduziert werden. Dieses Ziel hält er für erreichbar, sofern nicht mehrere inländische Gaskraftwerke den Wegfall der Atomenergie kompensieren. Im Bereich der Kernenergie erteilt der Regierungsrat dem Ausstiegsszenario gemäss Bundesrat eine ausdrückliche Absage. Die AKW wollen, soweit sicher und wirtschaftlich, nach Massgabe der notwendigen Selbstversorgung weiterbetrieben werden. Der volkswirtschaftlich wichtige Kanton Zürich dürfe seine sichere Stromversorgung nicht aufs Spiel setzen und solle deshalb die inländische Produktion von Kernenergie bis zum Ende der Laufzeit der Werke aufrechterhalten. Hingegen unterstützt der Regierungsrat die Einführung staatsquotenneutraler Lenkungsabgaben auf Energie ab 2020, wie vom Bundesrat vorgeschlagen. Die Mehrheit der KEVU unterstützt diese nur teilweise Unterstützung der Energiestrategie des Bundesrates durch den Regierungsrat. Für die Minderheit hingegen stellt der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zu ihrem technischen Lebensende den ersten und wichtigsten Grund für ihren Rückweisungsantrag dar. Sie stimmt daher auch der Behördeninitiative zu und will, dass mit einem punkto Atomausstieg geänderten Bericht diese Initiative umgesetzt wird.

Für die kantonale Energiepolitik stehen gemäss Energieplanungsbericht vier Handlungsfelder im Vordergrund: erstens Gebäude, zweitens Wärme, drittens Mobilität und viertens Strom. Im Gebäudebereich sieht sich der Regierungsrat auf einem guten Kurs. Zürich hat den Energiebedarf bei Neubauten in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert und belegt bei der Strenge der Vorschriften einen Spitzenplatz unter den Kantonen. Die Fördermassnahmen im Energiebereich kosten zwar im Kanton Zürich weniger als in anderen Kantonen, bezüglich Wirkung dieser Massnahmen belegt Zürich aber dennoch einen Spitzenplatz. Bei Altbauten beträgt der gegenwärtige Absenkpfad beim spezifischen Energieverbrauch 1,3 Prozent pro Jahr. Zürich engagiert sich sehr stark bei der Vereinheitlichung und Verschärfung der

Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, den sogenannten MuKE. Bei Neubauten setzt sich der Minergie-Standard zusehends durch. Hingegen sieht der Regierungsrat bei den Altbauten noch erhebliche Defizite in der Verbreitung dieses Standards, der zum flächendeckenden Standard-Label werden soll.

Sorgen bereiten muss laut dem Regierungsrat die Tatsache, dass die enorme Verbesserung der Wärmedämmung in den letzten Jahren durch den Einsatz von immer mehr Haushaltgeräten kompensiert wird. Längerfristig soll hier ein intelligentes Stromnetz mit lokalen Speichermöglichkeiten einen Ausweg ermöglichen. Die KEVU unterstützt im Bereich «Gebäude» die Anstrengungen des Regierungsrates einhellig. Dennoch will die Minderheit der KEVU mit Punkt 2 ihres Rückweisungsantrages, dass der Regierungsrat zusätzliche Massnahmen vorschlägt, damit die Gebäudesanierung und -erneuerung, insbesondere bei den Mietobjekten, beschleunigt werden kann. Besonders erfolgreich ist die anreizorientierte Energiepolitik des Kantons für den Regierungsrat im Bereich der Wärme. Über 80 Prozent aller Neubauten im Kanton sind mit Wärmepumpen ausgerüstet, welche Erdwärme, Aussenluft oder Wasser nutzen. Bei der kollektiven Wärmeproduktion verweist der Bericht auf den kantonalen Energieplan und den aktualisierten Richtplan. Er warnt aber vor wirtschaftlichen Risiken für Wärmeverbünde. Je mehr der spezifische Wärmebedarf pro Gebäude sinkt, desto weniger wirtschaftlich ist ein solcher Verbund. Dies wegen der hohen einmaligen Investitionen. Auch in diesem Bereich stiess der Bericht in der KEVU auf keine fundamentale Kritik.

Der Energieplanungsbericht konstatiert, dass die Energie, welche für unsere Mobilität verwendet wird, einen immer grösseren Anteil unseres energetischen Fussabdrucks ausmacht. Der Kanton Zürich und insbesondere seine städtischen Regionen sind zwar sowohl beim Angebot als auch bei der Nachfrage bezüglich ÖV in einer Spitzenposition. Auch sinkt bei den Personenwagen der spezifische Energieverbrauch ständig. Da aber sowohl das Gewicht der Personenwagen als auch die zurückgelegten Distanzen ständig wachsen, ist, absolut gesehen, kein Absenkpfad erkennbar. Der Regierungsrat verweist einerseits auf die neue Richtplanung mit dem Raumordnungskonzept, welches das Wachstum in Regionen mit einem grossen ÖV-Angebot lenken will. Andererseits listet er kantonale und übergeordnete Massnahmen gegen das Wachstum des Energieverbrauchs im Verkehr auf. Dazu gehören: Die kantonale Verwaltung soll effizientere Fahrzeuge beschaffen, der ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) soll den spezifischen

Energieverbrauch weiter senken und der Bund soll staatsquotenneutrale CO₂-Abgaben auf Treibstoffe einführen. Für die Mehrheit der KEVU sind die aufgezeigten Massnahmen im Bereich der Mobilität genügend oder sie sind gar überflüssig. Für einen Teil der Kommission ist das Klimaproblem zu wenig erhärtet und der Fortschritt der Technik im Automobilbau gross, wie die Senkung des spezifischen Treibstoffverbrauchs zeigt.

Die Minderheit der KEVU fordert in ihrem Rückweisungsantrag die Definition eines Absenkpades, der zudem auch den Luftverkehr umfasst, welcher im Bericht vollständig ausgeblendet wird. Weder das Ziel, 50 Prozent des Mehrverkehrs, welcher nicht auf den Fuss- und Veloverkehr entfällt, mit dem ÖV abzuwickeln, noch der technische Fortschritt genügen, um einen solchen Pfad einzuschlagen.

Im Bereich «Strom» weist der Energieplanungsbericht erhebliche Unsicherheiten auf. In diesem Zusammenhang verweist der Regierungsrat in seiner Weisung vom 4. Dezember 2013 darauf, dass die kantonalen Handlungsmöglichkeiten mit der Liberalisierung im Strommarkt und dem Übergang der Übertragungsnetze an die Swissgrid stark reduziert werden. Dies gilt aber nicht nur für die regulatorischen Möglichkeiten, sondern auch für jene als Eigentümer von EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) und Axpo. Insbesondere könne die Axpo in diesem neuen Umfeld die Versorgungssicherheit für den Kanton alleine nicht mehr gewährleisten. Der Stromverbrauch im Kanton Zürich beträgt 9200 Gigawattstunden. Fast 90 Prozent davon werden nicht im Kanton produziert. Daran wird sich auch langfristig fundamental nichts ändern. Die Axpo wie auch die ewz beabsichtigen aber, die Produktion von neuen erneuerbaren Energien von heute 1200 auf 10'000 Gigawattstunden zu steigern. 1000 weitere zusätzliche Gigawattstunden beträgt die Leistung des Pumpspeicherkraftwerks Linth-Limmern der Axoi, welches dem Ausgleich von Nachfrage und Produktion dienen soll und somit auch der Förderung von Solar- und Windenergie. Auf den Kanton bezogen, sollen Anlagen für neue erneuerbare Energien statt heute 1070 bis ins Jahr 2050 3200 Gigawattstunden liefern. Konkrete energiepolitische Schritte des Kantons im Bereich «Strom» umfassen: die Förderung von Pilotprojekten in den Bereichen «Tiefengeothermie», «Stromspeicherung» und «intelligente Netze», Zielvereinbarungen gemäss Paragraf 13a des Energiegesetzes auch für kleinere Verbraucher, planungsrechtliche Erleichterungen für die Wasserkraftnutzung und für Hochspannungsleitungen, eine neue Eigentümerstrategie des Kantons im Strombereich.

Vom Bund erwartet der Regierungsrat Rechts- und Investitionssicherheit im Strommarkt. Er begrüsst die vollständige Stromliberalisierung und die Teilnahme am Zertifikatshandel der EU. Weiter soll der Bund einen erwünschten Selbstversorgungsgrad für den Strom festlegen und sich weiterhin in der Kernenergieforschung engagieren. Der Axpo schreibt der Regierungsrat ins Stammbuch, dass sie marktwirtschaftlich handeln und eine möglichst hohe Wertschöpfung, hauptsächlich im Inland, anstreben soll. Ausserdem soll sie die bestehenden Kraftwerke weiterbetreiben und die Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Quellen forcieren. Über die bewährten Inhalte der kantonalen Energieplanung hinaus, wie sie im Energieplanungsbericht behandelt werden, will die Minderheit der KEVU, dass sich der Regierungsrat in einem geänderten Bericht auch zum Themenkreis der Suffizienz, das heisst des bewussten Konsumverzichts, äussert. Sie verlangt vom Kanton hier eine Pionier- und Vorbildfunktion.

Zusammengefasst sieht die KEVU die Energiepolitik des Regierungsrates auf einem guten Weg. Die Mehrheit beantragt Ihnen Zustimmung zum Energieplanungsbericht 2013 und Ablehnung der Behördeninitiative 4986. Die Minderheit der KEVU will auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung ambitionierter vorangehen und insbesondere den Atomausstieg gegenüber dem Tempo des Bundesrates nicht hinausschieben. Sie beantragt deshalb Rückweisung des Energieplanungsberichts und Zustimmung zur Behördeninitiative. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zu den Anträgen der Kommissionmehrheit. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Der letzte vom Kantonsrat besprochene und verabschiedete Energieplanungsbericht stammt aus dem Jahr 2006. Der Energieplanungsbericht 2010 wurde durch den Regierungsrat selbst zurückgezogen, die Gründe wurden bereits dargelegt. Der Energieplanungsbericht 2013 baut in seinen Grundzügen auf dem Energieplanungsbericht 2010 auf. Schon 2011 wollten SP, Grüne und Grünliberale den Energieplanungsbericht mit nachfolgender Begründung zurückweisen – der Antrag stammt vom 8. März 2011, das ist drei Tage vor Fukushima –, der Minderheitsantrag von Robert Brunner, Peter Anderegg, Roland Munz in Vertretung von Marcel Burlet, Benno Scherrer Moser und Sabine Ziegler lautete wie folgt, ich zitiere: «Die Vorlage wird an den Regierungsrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Strategie am Klima-Masterplan der 51 Organisationen der Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik 2006 auszurich-

ten.» Ich weise nur darauf hin, dass der Energieplanungsbericht 2010 noch den Ersatz alter Kernkraftwerke durch zwei neue Anlagen beinhaltet. Der Klima-Masterplan der 51 Organisationen sieht aber keinen Technologie-Ausstieg vor. In der entsprechenden Tabelle zu den Schlüsseltechnologien, die bis 2030 auf den Markt kommen, steht – ich zitiere: «Weiterentwickelte Kernenergie, die 2005 60 Prozent der Stromversorgung ausmachte, im Jahr 2013 einen Anteil von 18 Prozent erreichen soll.» Sie hören also: In Ihrem Bericht, den Sie da mit der Rückweisung erreichen wollten, wird die Kernenergie gestützt. Schwerpunkt und Stossrichtung war die Vermeidung von Treibhausgasen und CO₂, nicht der Ausstieg aus einer Technologie. Diese Ziele, Verminderung von Treibhausgasen und CO₂-Emissionen sind aber im Energieplanungsbericht 2013 eingeflossen. Nur, die Zeiten ändern sich, die Anträge von SP, GLP und Grünen auch. Drei Jahre nach Fukushima hat Japan beschlossen, wieder zwei Kernreaktoren ans Netz zu lassen. Die energetische Kehrtwende findet in Japan statt. Sicherheitsbedenken wurden mit einer über ein Jahr dauernden Prüfung der NRA, das ist die japanische «ENSI» (*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat*), und einem umfangreichen Bericht – er umfasst ungefähr 500 Seiten – entkräftet. Bis Ende 2014 wird Japan wieder eigenen Strom aus Kernkraft produzieren. Ich rufe nochmals die Eckpfeiler der Energiepolitik gemäss Kantonsverfassung Artikel 106 in Erinnerung: «Der Kanton Zürich schafft günstige Rahmenbedingungen für eine ausreichende, umweltschonende, wirtschaftliche und sichere Energieversorgung. Er schafft Anreize für die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energie und für den rationellen Energieverbrauch. Er sorgt für eine sichere und wirtschaftliche Elektrizitätsversorgung. «Ausreichend, umweltschonend, wirtschaftlich und sicher», das sind die Eckpfeiler der Versorgung, die wir hier drinnen erreichen möchten, und der vorliegende Energieplanungsbericht 2013 enthält alle vier Pfeiler der Verfassung.

Die Umsetzungsschritte, die sich der Regierungsrat mit dem Energieplanungsbericht 2006 gesetzt hat, sind weitgehend erfolgt. Der eingeschlagene Weg soll fortgesetzt und zweckmässig ergänzt werden. Für die nächsten vier Jahre sind im Energieplanungsbericht 2013 für die Bereiche «Gebäude», «Wärmeversorgung», «Mobilität» und «Strom» mehrere Schritte vorgesehen, der Präsident der KEVU hat sie zitiert. Die SVP-Fraktion ist auch nicht mit jedem einzelnen Wort und einzelnen Zeichen vollumfänglich einverstanden, aber es gibt keinen Grund, den Energieplanungsbericht 2013 zurückzuweisen. Vor allem

gelten die Gründe, die in den Rückweisungsanträgen aufgeführt worden sind, nicht. Es ist natürlich Augenschere, wenn Sie 2011 mit einer anderen Begründung zurückweisen und heute nur noch auf die Kernenergie schielen. Das gilt vor allem für die CVP. Ich weiss nicht, wie sie in Bern politisiert, aber hier sind wir in Zürich. Bevölkerung und Wirtschaft sollen sicher und kostengünstig mit Energie versorgt werden. Schädliche Einflüsse auf die Umwelt sollen reduziert, Energieeffizienz gesteigert und der CO₂-Ausstoss reduziert werden. Wir von der SVP stimmen der Genehmigung des Energieplanungsberichtes 2013 zu und werden uns bei beiden Rückweisungsanträgen enthalten.

Roland Munz (SP, Zürich): Unser heutiger Verbrauch an nicht erneuerbarer Primärenergie ist deutlich zu hoch. Willkommen im Jahr 2014. Die SP des Kantons Zürich ist überzeugt, dass unsere moderne Gesellschaft bei gleicher Lebensqualität vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt werden kann, ohne dass an der Umwelt Raubbau betrieben werden muss. Das bedingt aber konsequentes Handeln – jetzt. Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik lässt sich auf folgende drei Säulen abstützen:

Erste Säule: Effizienz. Jede Energie ist so effizient wie irgend möglich einzusetzen. Zweite Säule: Suffizienz. Ja, lieber Herr Regierungsrat (*Markus Kägi*), Suffizienz im Sinne von Anpassungsfähigkeit ist aktiv zu bearbeiten, sodass zum Beispiel mit weniger Mobilität oder mit weniger Flächenbedarf die gleichen Qualitäten erreicht werden. Und Säule drei: Die Bedürfnisse nach Energien sind aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dazu gehören auch Investitionen in die Infrastrukturen entlang der ganzen Kette, von der Energieproduktion bis zum Endverbraucher, zur Endverbraucherin. Selbstverständlich ist das Potenzial zur Produktion von erneuerbaren Energien im Kanton Zürich nicht unbegrenzt, aber die Regierung unterschätzt das mögliche Potenzial nach wie vor massiv. Der Kanton Zürich ist ein wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und bildungsmässiger Motor der Schweiz. Je rascher und vor allem je konsequenter der Kanton Zürich auf diese drei Säulen setzt, umso besser für unser Land. Je mehr aber in Zürich lamentiert wird, dieses und jenes wäre schon wichtig, aber bitte allerhöchstens freiwillig und ohne Förderung, umso weniger passiert. Je mehr aber in Zürich gejammert wird, man könnte und sollte, aber es müsste halt der Bund, umso weniger passiert.

Die Vorlage 5047, eben der vorliegende Energieplanungsbericht, ist der zweite Versuch der Regierung, sich der politischen Verantwortung umfassend zu stellen. Sie wissen es, die erste Auflage stiess rundherum auf viel Ablehnung, sodass sie von der Regierung selbst zurückgezogen wurde. Und ja, ich darf es sagen: Der zweite Versuch ist besser. Wir erfahren im Energieplanungsbericht einiges über die Entwicklung bei den verschiedenen Energieformen, ihren Quellen, ihrem Konsum in den letzten Jahren. Der Bericht hat übersichtlich herausgearbeitet, was alles geschah. Er zeigt die Erfolge bei den Absenkpfeilen beispielsweise auf. Und die Regierung erkennt bei der elektrischen Energie endlich, dass neue Atomkraftwerke nicht realisierbar sind, wenn auch die Regierung dies in einer Wortwahl tut, bei der man fast schon Bedauern herauslesen könnte. Aber immerhin reicht die Einsicht. So viel des Guten.

Für die SP des Kantons Zürich ist dies jedoch nicht genug des Guten. Mit ihrer Vorlage zeigt die Regierung, dass sie wenige Ideen hat, wie es zu weiteren deutlichen Effizienzsteigerungen bei allen verschiedenen Energien kommen kann. Der Plan zur künftigen Gesamtenergie-Reduktion der Regierung hinkt den Bundesvorgaben hinterher. Das ist es nicht, was wir von einem Innovationsmotor Zürich erwarten. Dabei hat die Schweizerische Energiestiftung längst nachgewiesen, dass der Atomstrom bis 2035 bei konsequenter Effizienzsteigerung in Kombination mit dem Zubau neuer erneuerbarer Energieproduktion vollständig ersetzt werden könnte. Wir fordern darum: Das Energiesparpotenzial bei Gebäudehüllen ist konsequenter aufzunehmen und bei jeder Verkehrsart sind Energieabsenkpfade zu definieren, bei jeder! Bei der Suffizienz hängt die Regierung der überholten Vorstellung nach, dass Verzicht immer vom Staat völlig losgelöst zu betrachten sei. Dabei ist es ja gerade der Staat, der die Grundlagen setzen muss, sodass man ohne Verlust, ja sogar mit Gewinn an Lebensqualität, beispielsweise auf Reisewege verzichten könnte, würde man noch mehr veranlassen, um Arbeit, Freizeit und Wohnen räumlich näher zusammenzuführen. Darum fordern wir: Suffizienz- und Effizienzsteigerungen sind deutlicher zu beachten und im Planungsbericht mehr zu berücksichtigen, Suffizienz überhaupt zu berücksichtigen.

Die Atomstrompolitik im Energieplanungsbericht ist trotz der Erkenntnis, man könne wohl AKW eher nicht mehr bauen, nicht vollständig kompatibel zur Ausstiegspolitik des Bundes. Die schon zögerlichen Ziele des Bundesrates können so nicht erreicht werden. Dass überdies eine Hintertür offen gehalten werden soll für allfällige Lauf-

zeitverlängerungen oder dann doch mal wieder für ein neues AKW, kommt für die SP überhaupt nicht infrage. Mit Verboten, über die Ergebnisse künftiger Forschungen nachzudenken, hat dies im Übrigen nichts zu tun, sondern mit dem Anwendungsausschluss einer überholten Technologie nach heutigem Wissen im Jahr 2014. Wir fordern darum: Der Ausstieg aus der Atomstromproduktion soll rascher erfolgen und es sind keine Hintertürchen mehr zuzulassen.

Nicht nur zum Ausstieg aus der Atomstromproduktion ist der Bericht im Übrigen ungenügend, es wird auch vollkommen ausgeblendet, was die Städte im Energiebereich für Aktivitäten entfalten. Wir fordern darum: Die Anstrengungen der Städte betreffen einen wesentlichen Teil der Kantonsbevölkerung, sie sind daher wesentlich und von der Regierung angemessen aufzunehmen. Die SP anerkennt die positiven Ansätze im vorliegenden Bericht. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass sich diese Ansätze zu einem konsequenteren Bericht ausbauen lassen. Vom seinerzeit zurückgezogenen ersten Versuch zur jetzigen Vorlage war es ein achtenswerter Schritt. Damit sind wir auf halber Strecke angekommen. Mit unserem Rückweisungsantrag und unseren Forderungen geben wir der Regierung die Chance und zeigen die Richtung, einen wirklich zukunftsfähigen Bericht zu erstellen. Den Bericht in seiner heutigen Gestalt allerdings lehnen wir ab. Ich danke für die Rückweisung des Energieplanungsberichts.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Letzte Woche wurde ich zweimal überrascht, das erste Mal am Mittwoch: Eine Frau kam zu mir und sagte, sie möchte mir ein Geschenk machen. Sie überreichte mir diesen Golfball. Auf diesem Golfball hat es ein Logo, es steht «2000-Watt-Gesellschaft» drauf. Ich habe gesagt: «Was soll ich damit? Ich spiele doch kein Golf.» Sie erwiderte: «Es geht nicht darum, dass du mit diesem Ball Golf spielst, der Golfball soll ein Symbol sein. Stell dir vor, du bist auf dem Golfplatz, du stehst am Anschlag. Das Ziel ist ganz weit weg und du hast keine Chance, dieses Ziel mit einem Schlag zu erreichen. Es geht lediglich darum, dass du einen guten Stoss in die richtige Richtung machst.»

Viele von uns haben Vorstellungen davon, welche Ziele in der Energiewende – oder, wie wir sagen, im Umbau der Energieversorgung – erreicht werden sollen. Der Bundesrat hat seine Ziele mit der Energiestrategie 2050 vorgestellt. Wie Sie wissen, ist die diesbezügliche Meinungsbildung allerdings noch nicht abgeschlossen und viele der not-

wendigen Entscheide stehen noch aus. Solange aber auf übergeordnete Weise noch nicht klar ist, wohin die Reise gehen soll und sich die Rahmenbedingungen immer wieder ändern, ist es für den Regierungsrat unmöglich, einen Energieplanungsbericht zu erstellen, welcher bei allen Parteien Begeisterung auslöst. Der Energieplanungsbericht 2013 ersetzt den Energieplanungsbericht von 2010, der von der Regierung zurückgezogen wurde. Im neuen Energieplanungsbericht können wesentliche Änderungen erkannt werden. Eine Änderung ist, dass sich die Regierung vor vier Jahren noch zur Atomkraft bekannt hat und sich jetzt – wie der Bund – gegen neue Kernkraftwerke wendet. Wir können davon ausgehen, dass es in der Schweiz keine weiteren Atomkraftwerke mit dem heutigen Risikopotenzial mehr geben wird. Wirtschaftlich macht ein solches keinen Sinn und politisch hat ein entsprechendes Gesuch keine Chance, bewilligt zu werden.

Wogegen sich die FDP sträubt, ist ein Technologieverbot. Wir können uns vorstellen, dass die Menschheit in Zukunft Erkenntnis gewinnen wird, welche den Bau von völlig neuen Kernkraftwerken mit massiv geringeren Risiken erlauben würde. Diese Option wollen wir nicht verbauen. In der heutigen Debatte geht es aber weniger um die Frage des Technologieverbotes, es geht vielmehr um die Frage, wie lange die bestehenden Kraftwerke noch in Betrieb sein sollen.

Und damit komme ich zur zweiten Überraschung, welche ich letzte Woche erlebt habe. Sie fand am Freitag statt. Als ich am Freitag gelesen habe, dass die Axpo ihre Kernkraftwerke neu innert 60 statt wie anhin innert 50 Jahren abschreiben wird, war ich wirklich überrascht. Und ich habe gedacht: Das darf doch nicht wahr sein. Inzwischen bin ich aber froh, dass diese Entscheidung bereits am letzten Freitag kommuniziert wurde, und nicht erst nach dieser Debatte. So haben wir die Chance, uns heute auch zu diesem Punkt zu äussern. Für die FDP gilt: Die bestehenden Kernkraftwerke sollen so lange am Netz bleiben dürfen, wie sie sicher betrieben werden können. Es ist für uns müssig, darüber zu diskutieren, ob dies bis 2022, 2024, 2030 oder 2040 der Fall sein wird. Viel wichtiger ist für uns, dass die zuständige Behörde, das ENSI, regelmässig die Sicherheit aller Kraftwerke überprüft und rechtzeitig einschreitet, wenn es Hinweise gibt, dass die Sicherheit gefährdet ist.

Die Aussagen zu den erneuerbaren Energien im Energieplanungsbericht 2013 sind durch einen gewissen Pragmatismus gekennzeichnet. Der Energieplanungsbericht geht davon aus, dass bis 2050 35 Prozent des Stroms aus lokalen und erneuerbaren Quellen im Kanton produ-

ziert werden kann. Persönlich gehe ich davon aus, dass diese Quote, insbesondere im Bezirk Affoltern, deutlich früher erreicht werden kann. Aber auch hier gilt: Zurzeit ist auf übergeordneter Ebene noch nicht klar, wohin die Reise genau gehen wird. Unter diesen Umständen ist es mir und der Freisinnigen Fraktion lieber, wenn im Energieplanungsbericht 2013 von realistischen Werten ausgegangen wird, als dass Illusionen oder Wunschträumen nachgegangen wird. Denn etwas dürfen wir auch als Politiker nicht vergessen: Die Energieversorgung gehorcht vor allem physikalischen Gesetzen. Das Potenzial an erneuerbaren Energien zur Stromproduktion ist im Kanton Zürich beschränkt. Dies zeigen auch die jetzt vorliegenden Potenzialabschätzungen in den Bereichen «Holz», «Windkraft» und «Wasserkraft». Im Energieplanungsbericht sehr tief eingestuft wird das Potenzial der Tiefengeothermie für die Stromerzeugung. Aufgrund der Erfahrungen in Basel, beim Triemli und in Sankt Gallen ist dies nachvollziehbar. Wir trauen es dem Regierungsrat jedoch zu, dass er eine neue Lagebeurteilung vornimmt, wenn der Durchbruch im Bereich «Tiefengeothermie» eines Tages kommen wird.

Der Handlungsspielraum des Kantons liegt vor allem im Bereich «Gebäude». Rund 40 Prozent der gesamten Energie wird im Gebäudebereich verbraucht. Entsprechend gross ist hier der Handlungsbedarf. Die FDP hat dies bereits vor vielen Jahren erkannt und zahlreiche Vorstösse initialisiert. Ich erinnere zum Beispiel an die Motion aus dem Jahr 2007 mit dem Titel «Abbau von Hürden für umweltgerechtes Bauen» von Carmen Walker Späh, Gabriela Winkler und Antoine Berger (355/2007). Die FDP wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das Energiesparpotenzial im Gebäudebereich genutzt werden kann. Während die SP, die Grünen und die GLP aber immer wieder nach neuen Vorschriften und Subventionen rufen, sind wir der Überzeugung, dass dazu vor allem regulatorische Vorgaben weiterhin abgebaut sowie die Bewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden müssen. Im Gebäudebereich ist dem Energieplanungsbericht 2013 viel Erfreuliches zu entnehmen, wie zum Beispiel, dass die Modernisierungsrate in Zürich schweizweit im Vergleich überdurchschnittlich hoch ist und die meisten Neubauten im Kanton Zürich nicht mehr fossil beheizt werden.

Viele von uns haben Vorstellungen, welche Ziele mit der Energiewende erreicht werden sollen. Die diesbezügliche Meinungsbildung ist allerdings noch nicht abgeschlossen und zahlreiche Entscheide stehen auf Bundesebene noch aus. Es geht daher nicht darum, mit dem

Energieplanungsbericht 2013 das finale Ziel «2050» zu erreichen, sondern nur darum, sicherzustellen, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen. Dies tun wir, die FDP wird den Energieplanungsbericht genehmigen und die beiden Rückweisungsanträge nicht unterstützen. Die Behördeninitiative lehnen wir ab.

Andreas Wolf (Grüne, Dietikon): Wir Grünen sind enttäuscht – enttäuscht und verärgert über diesen mutlosen Energieplanungsbericht. Drei Jahre lang hat sich der Regierungsrat Zeit gelassen, um den obsolet gewordenen Energieplanungsbericht zu überarbeiten. Immer wieder wurden wir vertröstet, man müsse noch Entscheide vom Bund betreffend Energiestrategie abwarten, und dann dies: Ein Energieplanungsbericht, der sich eben gerade nicht einmal an der Energiestrategie des Bundes orientiert. Das jahrelange Warten hat sich definitiv nicht gelohnt. Der neue Energieplanungsbericht ist enttäuschend, mutlos und ohne Ehrgeiz. Er ist somit genau das pure Gegenteil von dem, was es in der heutigen Situation brauchen würde für einen möglichst sicheren Atomausstieg und für die Erreichung der Klimaziele. Das älteste Atomkraftwerk der Welt steht gerade mal 30 Kilometer von diesem Saal entfernt und ist seit 45 Jahren in Betrieb. Gebaut wurde es einmal, um 30 Jahre in Betrieb zu bleiben. Der Regierungsrat sieht im Energieplanungsbericht vor, dass Beznau und die anderen AKW mit Zürcher Beteiligung bis zu 66 Jahren in Betrieb sein könnten, solange es eben die Sicherheit erlaubt. Er rechnet also mit einer mehr als doppelt so langen Lebensdauer, als ursprünglich vorgesehen. Ich habe gemäss Statistik eine Lebenserwartung von knapp 80 Jahren, gut, mit jedem Jahr hier in diesem Parlament wahrscheinlich ein paar Monate weniger (*Heiterkeit*). Übertragen wir die Rechnung des Regierungsrates auf meine Lebenserwartung, müsste ich mit ein paar Revisionen und Erneuerungen über 170 Jahre alt werden können. Ob ich das wollte oder nicht, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen. Ziemlich sicher bin ich mir hingegen, dass ein Mensch mit 150 Jahren nicht das gleiche Sicherheitsrisiko darstellt wie ein AKW mit 50 Jahren. Für uns Grüne ist daher klar, dass nach spätestens 45 Betriebsjahren Schluss sein muss. Allein im AKW Beznau gab es nämlich in den letzten zehn Jahren 71 Störfälle und Betriebsabweichungen. Die Hälfte davon war auf das Alter der Anlage zurückzuführen. Zum Glück hatten diese Zwischenfälle bisher keine grösseren Folgen für die Umwelt. Wir sollten das Glück aber nicht weiter herausfordern.

Unser Rückweisungsantrag und die Behördeninitiative der Stadt Zürich, für die ich hiermit gerade auch rede, fordern eine entsprechende Überarbeitung des Energieplanungsberichts. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht, das Anliegen der Behördeninitiative nach einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken sei mit dem neuen Energieplanungsbericht erfüllt. Da sind wir anderer Meinung, Herr Baudirektor (*Regierungsrat Markus Kägi*). Bei AKW-Laufzeiten bis ins Jahr 2050 können wir nicht von einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken sprechen. Im Energieplanungsbericht schreibt der Regierungsrat bei den Zielen, Bevölkerung und Wirtschaft sollten ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt mit Energie versorgt werden. Das steht übrigens auch in der Kantonsverfassung Artikel 106 und in diesem Punkt sind wir zu 100 Prozent einverstanden mit unserer Regierung. Wir können uns aber nicht vorstellen, wie ein AKW ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt betrieben werden kann, zumal das Problem der sicheren Endlagerung weiterhin ungeklärt ist.

Weiter möchte der Regierungsrat Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien fördern und den CO₂-Ausstoss senken. Bei den Massnahmen zu diesen Zielen schleicht sich der Regierungsrat dann jedoch immer wieder aus der Verantwortung, ist er doch der Meinung, dass sie hauptsächlich auf eidgenössischer Ebene getroffen werden müssen. Dass der Bund Massnahmen ergreifen muss, bestreiten wir nicht. Das heisst aber nicht, dass der Kanton Zürich nicht auch vorwärts machen soll. Und dies nicht nur beim Atomausstieg, sondern auch beim immer noch steigenden Treibstoffverbrauch und bei der Sanierung von Altbauten. Was mir aber vor allem sauer aufstösst, ist, dass das Thema «Suffizienz» für den Regierungsrat ein rotes Tuch ist. Dabei wäre es doch gerade wichtig, dass neben der Energieeffizienz auch die Energiesuffizienz gefördert wird. Denn nur so kann der Rebound-Effekt wirksam bekämpft werden. Es nützt nämlich nicht viel, wenn wir jedes Jahr mehr Minergie-Wohnungen bauen, aber diese immer grösser werden. Die Wohnfläche pro Kopf darf nicht mehr jährlich um 0,5 Quadratmeter zunehmen. Ein vierköpfiger Haushalt soll nicht durchschnittlich zwei Autos haben und jedes Jahr noch mehr Kilometer fahren, sondern in urbanen Gebieten soll das autofreie Wohnen gefördert werden. Hier herrscht Handlungsbedarf und hier schleicht sich der Regierungsrat aus der Verantwortung. Bei den Altbauten sieht der Regierungsrat das Verbesserungspotenzial ein. Drei Viertel der beheizten Geschossflächen sind sanierungsbedürftig. Insbesondere bei den Fassadensanierungen herrscht ein Erneuerungsstau, wie der Regierungsrat

selber schreibt. Wer jedoch entsprechende Massnahmen erwartet, sucht sie vergebens im Energieplanungsbericht. Die Regierung sieht also wiederum Handlungsbedarf, schlägt aber gleichzeitig nicht vor, wie dieser behoben werden kann. So kommen wir natürlich nie auf einen grünen Zweig, Herr Baudirektor.

Fazit: Einmal mehr hat es der Regierungsrat verpasst, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen für eine nachhaltige Zukunft mit einer sauberen Energieversorgung. Wir Grünen unterstützen daher die Behördeninitiative der Stadt Zürich und weisen den Energieplanungsbericht zurück. Doch mehr dazu von meinen Fraktionskollegen.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Der Energieplanungsbericht 2013 ist ein Bericht, der, so sagt es der Name, berichtet. Er berichtet über den Stand der Energiepolitik im Kanton Zürich. Er berichtet über aktuelle Verbrauchszahlen und erwartete Entwicklungen zum Energieverbrauch. Er berichtet von der Energiestrategie 2050 des Bundes und von den Massnahmen, die dafür notwendig sind. Und er berichtet auch von Schwierigkeiten und Grenzen der kantonalen Energiepolitik. Diese Berichte kommen solide und fundiert daher und geben kaum zur Kritik Anlass. Der Energieplanungsbericht enthält auch Sätze, die aus einem grünliberalen Parteiprogramm stammen könnten. Ganz zentral der Satz, Zitat: «Das nun vorliegende erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie» – gemeint ist diejenige des Bundesrates – «kann nur eine Übergangslösung zu einer überwiegend finanziellen, staatsquotenneutralen Lenkung der Energiepolitik darstellen.» Wenn das so klar ist, meine Damen und Herren Kantonsräte, wieso haben sich Ihre Parteikollegen in Bern denn nicht für unsere Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eingesetzt oder mindestens einen Gegenvorschlag ausgearbeitet? Ein anderer Satz sticht ins Auge, Zitat: «Raum- und verkehrsplanerische Massnahmen sollen durch die Förderung kurzer Wege das Verkehrswachstum abbremsen.» Da frage ich mich wirklich, wieso dann die Mehrheit dieses Rates eine äussere Nordumfahrung im Richtplan vorsehen will. Wir haben also einen soliden Bericht und schöne Absichtserklärungen im Energieplanungsbericht.

Und trotzdem werden ihn die Grünliberalen zurückweisen. Der Energieplanungsbericht muss aus unserer Sicht nämlich neben Berichten und schönen Sätzen auch eine Planung enthalten. Und es sollte ein Wille erkennbar sein, die Absichten umzusetzen. Es geht also nicht darum, die Energiezukunft durch die rosa Brille zu sehen, Olivier

Hofmann. Was wir wollen, ist das Ziel jedes Golfers, nämlich den Green mit möglichst wenigen Schlägen zu erreichen. Davon ist im Energieplanungsbericht nicht allzu viel zu sehen. Eine Vision fehlt schlichtweg.

Mit dem Rückweisungsantrag der KEVU-Minderheit fordern wir vom Regierungsrat eine neue Ausrichtung der kantonalen Energiepolitik, die über «Weiter-wie-bisher» hinausgeht, eine Energiepolitik, die mindestens den neuen Herausforderungen der Energiestrategie 2050 des Bundes entspricht und den Kanton Zürich als Vorreiter auf diesem Weg platziert.

Nun noch einige Worte zum Rückweisungsantrag der CVP. Die CVP hat offenbar in letzter Minute gemerkt, dass bald Wahlen sind und der Energieplanungsbericht eine Grafik enthält, die nicht konsistent ist mit den Plänen ihrer Bundesrätin (*Doris Leuthard*). Die CVP will also den Energieplanungsbericht wegen einer einzigen Grafik zurückweisen, wegen einer alten Grafik, die aus der 2004 veröffentlichten «Vision 2015» stammt und deren Erscheinen im Energieplanungsbericht man als Nachlässigkeit abtun könnte, wären da nicht mündlich geäußerte Zweifel des Energiedirektors an den Zielen des Bundesrates. Der atomlastige Rückweisungsantrag zeugt von einem extremen Tunnelblick und wenig Verständnis für die Zusammenhänge und Komplexität des Energiesystems. Zudem hätte es in der laufenden Legislatur genügend Möglichkeiten gegeben für atomkritische Stellungnahmen, die viel zu oft ungenutzt verstrichen sind. Heute aber, liebe CVP und liebe atomkritische Mitglieder von EVP und BDP, habt ihr die Gelegenheit zu einer konsistenten Stimmabgabe innerhalb von wenigen Minuten, wenn ihr sowohl eurem Rückweisungsantrag wie auch der Behördeninitiative des Zürcher Gemeinderates zustimmt. Genau wie euer Rückweisungsantrag ist die Behördeninitiative sehr offen formuliert und fordert eine Strategie zum Ausstieg aus der Atomenergie.

Die GLP wird den Energieplanungsbericht auf jeden Fall zurückweisen. Für uns steht aber, unabhängig von der obsiegenden Begründung der Minderheitsanträge, die Kritik an der gesamthaft wenig ambitionierten und wenig fortschrittlichen Energieplanung des Regierungsrates im Vordergrund. Herr Regierungsrat, wir fordern einen Bericht, der nicht nur ein Bericht ist, sondern auch ein Plan.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Wir danken dem Regierungsrat für den ausführlichen und aufschlussreichen Energieplanungsbericht. Er zeigt

beachtliche Erfolge auf. Der Energieverbrauch ist trotz zunehmender Bevölkerung seit 20 Jahren stabil. Ebenso konnte der CO₂-Ausstoss pro Kopf gesenkt werden. Und die Regierung hat einen fortschrittlicheren Weg eingeschlagen hinsichtlich der erneuerbaren Energien. Die CVP ist weitgehend mit dem Bericht einverstanden und wir anerkennen, dass die gesetzten Schwerpunkte fast im Einklang stehen mit der bundesrätlichen Energiestrategie. Aber eben – nur fast. Im Bereich der Atomenergie sind wir mit der Stossrichtung der Regierung nicht einverstanden. Sie zeigt zu wenig konsequent: Eine Kehrtwendung hat zwar stattgefunden und der neue Bericht trägt den aktuellen Entwicklungen im Energiebereich Rechnung. Die Regierung hat sich aber nicht aussagekräftig zur Zukunft der Kernkraftwerke geäußert. Wir fordern mit unserem Rückweisungsantrag den schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft, im Vergleich zur links-grünen Seite eine moderate Forderung. Wir möchten keinen schnellstmöglichen Ausstieg, sondern einen Ausstieg im Gleichschritt mit dem Bundesrat. Die vor drei Jahren begonnene Energiewende muss entschlossen weitergeführt werden. Sonst wird in weiteren drei Jahren bereits wieder über einen Neubau von KKW gesprochen. Sogar in Japan ist der Fukushima-Effekt bereits wieder am Abklingen. Das darf nicht sein.

Unter anderem zeigen Studien der ETH, dass die Energiewende machbar ist und nicht nur visionäres Denken. Es braucht Mut und Innovation. Das ist eine Stärke der Schweiz und hoffentlich genauso die Stärke des Kantons Zürich. Und für all jene, die sich schwertun, hier noch ein paar Gedanken: Das Argument «günstiger Atomstrom» zieht nicht mehr lange. Kernenergie wird teurer werden. Genau wie in der Schweiz wurden viele der über 400 KKW auf der Welt in den Siebziger- und Achtzigerjahren erbaut – mit einer geplanten Laufzeit von ungefähr 50 Jahren. Mit jedem Jahrzehnt, das ein KKW weiterbetrieben wird, steigen das Restrisiko und ebenso die Sanierungs- und Sicherheitskosten. Es wird unsere Generation sein, die in den kommenden 20 bis 30 Jahren mit diesem steigenden Risiko zu leben hat. Uns ist aber auch bewusst, dass die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit des Kantons Zürich nicht gefährdet werden dürfen. Darum setzen wir ganz klar auf den langfristigen Ausstieg. Die Vorlage 4986 verlangt einen schnellstmöglichen Kurswechsel. Das können wir nicht unterstützen. Der Bundesrat wird die Marschrichtung vorgeben haben und der Zürcher Regierungsrat hat sich daran zu orientieren. Eine schnellere Gangart ist unrealistisch. Besten Dank.

Gerhard Fischer (EVP, Bärenswil): Die EVP hat sich eingehend mit dem Energieplanungsbericht des Regierungsrates beschäftigt. Es ist uns bewusst, dass wir in der Energiepolitik an einem entscheidenden Punkt stehen und zusammen einen Wegweiser auf dem Weg in eine sich jedenfalls stark wandelnde Energiezukunft klar sichtbar platzieren müssen. Es geht um mehr als eine Absichtserklärung und auch um mehr als einen Spaziergang auf einfachen Höhenwegen.

So ist der Energieplanungsbericht nicht ein beliebiges Jekami, sondern verantwortungsvolle Entscheidungsgrundlage, welche für alle Akteure verbindlich sein muss. Wir wissen es nur zu gut, dass wir uns inskünftig dauernd neuen grossen Herausforderungen stellen müssen. Innovativer, sorgsamer, sparsamer und verzichtbereiter Umgang mit unsern Energie-Ressourcen muss ein ernsthaftes Thema sein. Nur eine wirklich nachhaltige, generationenverträgliche Energiewende kann verantwortet werden. Dafür sind wir vom Zürcher Volk gewählt und das sind wir unseren Kindern und unserer gesamten Schöpfung schuldig.

In vielen Teilen gehen wir mit dem Bericht der Regierung einig und danken für den umfassenden und detaillierten Bericht, welcher einen guten Überblick über den Ist-Zustand in vielen Bereichen aufzeigt. Auch werden durchaus aufschlussreiche und interessante Äusserungen zur zukünftigen Energiepolitik des Kantons Zürich gemacht. In vielen Teilen stimmt auch die Richtung, welche vorgegeben und anvisiert wird.

Wir haben aber auch die verschiedenen Stellungnahmen, wie sie uns beispielsweise die Stadt Zürich in den vergangenen Wochen zukommen liess, zur Kenntnis genommen. Wenn es stimmt, dass die Stadt Zürich aus unerfindlichen Gründen beim aktuellen Bericht nicht – wie bei früheren Berichten – miteinbezogen wurde, ist es verständlich und berechtigt, wenn allgemeines Misstrauen und Kritik gegenüber dem vorliegenden Bericht aufkommen. Tatsächlich fehlen im Bericht weitgehend die Hinweise auf die vielfältigen energie- und klimapolitischen Massnahmen der Städte und Gemeinden. Das ist eine verpasste Gelegenheit, die Städte und Gemeinden mit ins Boot für eine zukunftsweisende gemeinsame Energiepolitik zu holen. Dabei wäre es doch so dringend, dass möglichst alle Akteure und Partner auf unserem Kantonsgebiet motiviert hinter den Zielen eines gemeinsam erarbeiteten und austarierten Energieberichtes stehen würden. Alleine schon diese Unterlassungen – gleich, ob Absicht oder Versehen dahinter steht –, wären für mich Grund genug, den Energiebericht nochmals entsprechend überarbeiten zu lassen.

Der andere Kritikpunkt, welcher auch von der EVP grossmehrheitlich anerkannt wird und im gemeinsam von CVP und EVP eingereichten Rückweisungsantrag enthalten ist, besteht darin, dass der Kanton Zürich eine eigene, weniger weitgehende Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie als der Bund fährt. Es macht nun wirklich keinen Sinn, wenn sich der Kanton Zürich gegen die beschlossenen Bundesvorgaben mit dem Szenario «Verzicht» sträubt.

All diese Mängel lassen mindestens den Verdacht zu, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich gewichtig auf dem Schlauch steht, damit er weiterhin darüber klagen kann, wie unbedeutend der Anteil der vorne aus dem Strahlrohr tröpfelnden erneuerbarer Energien sei und wie gefährlich in Bezug auf eine drohende Energielücke der Verzicht auf Kernenergie sei.

Es ist durchaus zu anerkennen, dass die Axpo schon heute sehr viel im Bereich der erneuerbaren Energien leistet. Wenn die Energiewende innert nützlicher Frist erreicht werden soll, müssen wir uns richtigerweise auch auf das nahe Ausland und die übrige Schweiz ausrichten. Die Probleme, zum Beispiel mit dem schleppenden Ausbau der Übertragungsnetze aus dem Ausland, und die zusätzlichen weiteren Schwierigkeiten fordern uns heraus, alles zu unternehmen, um auch den innerkantonalen Ausbau zielstrebig voranzutreiben. Daran dürfen uns auch Rückschläge, wie wir sie momentan bei der Geothermie hinnehmen müssen, nicht hindern. Nur wenn die Politik klare und ambitionierte Zielvorgaben für unseren Kanton macht, wird auch genügend in die Entwicklung, in neue und innovative Methoden und Ideen investiert. Die laufende technische Entwicklung bisheriger und neuer Verfahren wird uns helfen, das Ziel zu erreichen. Und vergessen wir nicht: Die KMU und das Gewerbe sind jene, welche entscheidend von der Entwicklung und dem Ausbau profitieren werden.

So kann auch der Entscheid des Verwaltungsgerichts für die Bewilligung der Windmessungen bei uns in Bäretswil und damit der Abweisung der Beschwerde als positives Zeichen gewertet werden. Wir müssen endlich verlässliche Resultate über das Potenzial an Windenergie in unserem Kanton haben, damit interessierte Unternehmen wissen, ob sich ein Ausbau in unserem Kanton lohnt.

Die EVP wird, wie bereits angekündigt, mit einer Ausnahme dem gemeinsamen Rückweisungsantrag von CVP und EVP zustimmen.

Cornelia Keller (BDP, Gossau): Wir machen jetzt etwas, was dem Energieplanungsbericht 2013 auch gut angestanden wäre: Wir reden Klartext. Der vorliegende Bericht ist ärgerlich, enttäuschend und alles in allem fast das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt wurde. Wir haben hier eigentlich nur die Bestätigung erhalten, dass Papier geduldig ist. Wir finden Themen wie «Klimaschutz», «Gebäude und Wärmeversorgung», «Mobilität» und «Strom» und wir lesen viel Geschriebenes, aber wenig Aussagekräftiges. Uns ist klar, dass viele Bereiche auf Bundesebene abgehandelt beziehungsweise diskutiert werden und die Kantone nicht allzu viel zu sagen haben. Aber einfach so wenig sagen ist auch nicht die Lösung. Ein Beispiel aus dem Bereich «Strom», ich zitiere: «Die bestehenden Kernkraftwerke sollen so lange betrieben werden, als ihre Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist», Zitatende – Punkt, Aus, Schluss. Wo ist die Vision? Wo ist das Versprechen, dass alternative Energiequellen die Kernkraftwerke vollumfänglich ablösen sollen, sobald dies eben möglich ist? So etwas wäre aus unserer Sicht notwendig gewesen und dafür muss man heute nicht einmal mehr innovativ oder mutig sein. Aber nein, es kommt noch schlimmer. Erstaunt müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Möglichkeiten der Beschaffung erneuerbarer Energien im Kanton minimiert werden. Statt einen Schritt vorwärts machen wir zwei zurück. Wir hätten es so jetzt wieder verpasst, ein deutliches Zeichen nach Bern zu senden. Langsam beschleicht mich das Gefühl, dass der Regierungsrat nicht hinter dem Atomausstieg steht. Dabei ist das Ziel doch klar: Die Energie soll zu 100 Prozent aus Erneuerbaren gewonnen werden und die Versorgungssicherheit muss gleichzeitig gewährleistet sein. Weniger relevant ist für uns die Zahlenspielererei, ob dies 2030, 2040 oder 2050 der Fall sein wird, ganz einfach so schnell wie möglich. Betreffend Wirtschaftlichkeit kann klar gesagt werden, dass die Veränderung, auf erneuerbare Energien umzustellen, enorm viel Wirtschaftspotenzial ausweist, viele Arbeitsplätze geschaffen werden konnten und werden können. Wir müssen unserer Wirtschaft Sorge tragen, das kann aber auf verschiedene Weise geschehen.

Positiv sehen wir die Entwicklung im Bereich «Gebäude und Wärmeversorgung». Hier bewegt sich der Energieverbrauch bei Neubauten stetig abwärts und der Verbrauch bei Altbauten verringert sich konstant. Das ist sehr erfreulich und sollte weiterverfolgt und auch optimiert werden. Ganz allgemein hat im Energieplanungsbericht eine positive Veränderung stattgefunden.

Fazit: Der Energieplanungsbericht ist, wie es der Name schon ausdrückt, nur ein Bericht, der leider zu wenig berichtet. Wir haben intern heftig diskutiert, ob wir das Ganze mit dem Vermerk «ungenügend» wieder an den Absender zurückweisen sollen – aus Protest – oder ob wir den Bericht einfach zur Kenntnis nehmen.

Noch eine kurze Anmerkung zur Behördeninitiative des Gemeinderates Zürich, die eine Erarbeitung einer Strategie ohne nukleare Risiken fordert. Die BDP hat diese BI im Herbst 2011 unterstützt. Die Idee war, dass eine entsprechende Strategie im Energieplanungsbericht eingearbeitet wird. Dies ist leider nicht der Fall. Daher erachtet es die BDP als notwendig, an der BI festzuhalten. Weiteres zu einem späteren Zeitpunkt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU dankt dem Regierungsrat für seinen Bericht. Viel mehr als Fukushima beeinflusst die gegenwärtige Subventionspolitik von erneuerbaren Energien den europäischen Strommarkt. Wir Schweizer sind ja Meister im Importieren. Es ist egal, ob wir den Stolz der Schweiz, unsere teuren Errungenschaften wie die Wasserkraftwerke, zum Sorgenkind deklassieren und ihnen buchstäblich das Wasser abgraben. «Strommarktliberalisierung» heisst das Zauberwort, dies ist die Forderung der Geldstampfer. Nur, dieser Zauber hat längerfristig seinen Preis, spüren werden ihn zumindest unsere Nachkommen. Die EDU fordert den Regierungsrat auf, darauf zu achten, dass die Besitzverhältnisse von Zürcher Beteiligungen an Kraftwerken klar geregelt bleiben und keine Veräusserungen getätigt werden oder Wertverminderungen entstehen. Wir fordern nach wie vor ein Selbstbestimmungsrecht über unsere Urschweizer Wasserkraftwerke. Die EDU will nach wie vor eine vom Ausland unabhängige Stromproduktion mit einem hohen Selbstversorgungsgrad. Dies ist mit der Strommarktliberalisierung nicht mehr gewährleistet. Wir begrüßen die Haltung des Regierungsrates, dass die Axpo eine hohe Wertschöpfung im Inland anstreben soll und eine Vorreiterrolle bezüglich der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien einnehmen soll. Ebenfalls bitten wir den Regierungsrat, sich in Bundesbern dementsprechend einzubringen, damit die kostendeckende Einspeisevergütung, also KEV, neu überdacht wird und die Vergütungen dem Strombedarf angepasst werden. Eine KEV-Vergütung dann, wenn schon ein Stromüberschuss auf dem Markt herrscht, ist ein absoluter Fehlanreiz und eine Dummheit. Eine KEV-Vergütung über den zeitlich aktuellen Bedarf von Ökostrom hinaus, behindert die Wasserkraftnutzung. Das

heutige Giesskannensystem ist überholt und muss beerdigt werden. Es kann nicht der Sinn der Energiewende sein, dass sich der Bau grösserer Wasserkraftwerke in der Schweiz nicht mehr lohnt.

Wärmeversorgung und Gebäude: In der Wärmeversorgung und Gebäudedämmung befinden wir uns auf einem erfolgreichen und sinnvollen Pfad. Eine Substituierung von fossilen Energieträgern findet statt. Die Wärmedämmvorschriften bewirken einen niedrigeren Energieverbrauch. Weitere Massnahmen sind aus unserer Sicht unnötig.

Verkehr: Bezüglich Verkehr ist der Kanton Zürich mit dem ÖV auf gutem Wege. Einschränkungen im Strassenverkehr aus energiepolitischen Gründen lehnt die EDU entschieden ab. Der von links-grün geforderte Absenkpfad ist mit dem neuen Verkehrsabgabengesetz mehr als eingeläutet, weitere Forderungen sind unnötig.

Dazu noch zwei Bemerkungen: CO₂ ist nicht nur ein Schadstoff, sondern auch eine wichtige Nahrungsquelle für unsere Pflanzen. Die Bevölkerung ernährt sich im Grunde nur aus dieser Herkunft. Der Klimarat musste eingestehen, dass die Temperatur der Erde seit 15 Jahren unverändert ist. Im Nordpol wurde Ende 2013 1,6 Millionen Quadratmeter, also mehr als 60 Prozent mehr Eis gemessen als ein Jahr zuvor. Auch der Südpol hatte noch nie eine so grosse Eisfläche seit Beginn der Messungen. Selbst die ETH in Zürich musste diesen Sommer dieses Eingeständnis verkünden.

Die EDU ist nach wie vor für einen sorgfältigen Umgang mit unseren Ressourcen, lehnt jedoch die grün-rote Umwelthysterie ab. Diese ist bereits zu einer Umwelt-Theologie mutiert. In diesem Sinne wird die EDU dem Energieplanungsbericht des Regierungsrates zustimmen und lehnt alle Minderheitsanträge ab.

Und noch kurz zwei, drei Sätze zum Thema der Behördeninitiative der Stadt Zürich: Der Atomausstieg ist bereits beschlossene Sache. Da braucht es keine Behördeninitiative. Dadurch, dass nämlich keine Betriebsbewilligungen für neue AKW erteilt werden dürfen, ist der Atomausstieg in absehbarer Zukunft besiegelt und wird mit der Abschaltung der bestehenden Schweizer Kernkraftwerke beendet. Die Behördeninitiative der Stadt Zürich schiesst weit über das Ziel hinaus und ist demnach unnötig. Sie beinhaltet, wie die städtische Energiepolitik, eine selbstangefertigte «Reine-Weste-Politik», welche aber beim näheren Betrachten zünftig bröckelt. Machen wir uns doch nichts vor: Welchen Strom importieren wir im Winter an trüben und kalten Tagen? Ich sage es hier drin zum wiederholten Male und wir sind er-

freut, dass der Regierungsrat dieselbe Aussage in seinem Beschluss ausgeführt hat: Solange der Bund keine umfassende, realisierbare und bezahlbare Energiestrategie beschlossen hat, ist ein vorzeitiger Ausstieg oder Verzicht auf die Kernenergie unverantwortlich.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Es haben sich nun alle Fraktionsprechenden zu Wort gemeldet.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Die CVP versucht, den Energieplanungsbericht zum Scheitern zu bringen, indem sie die linken Positionen in Bezug auf die Kernenergie unterstützt. Dies ist ein sehr interessantes Unterfangen, versucht sie doch gleichzeitig im Hinblick auf die Kantons- und Regierungsratswahlen 2015 die Unterstützung des Kantonalen Gewerbeverbandes und der angeschlossenen Verbände aus Wirtschaft, Industrie, Verkehr und Handel zu erreichen. Dabei muss klar festgehalten werden, dass die Forderungen der CVP diametral zum Programm dieser Verbände steht. Die SVP wird diesen Rückweisungsantrag zum Massstab für eine solche Zusammenarbeit machen. Für uns ist es sehr entscheidend, dass bei energiepolitischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 die marktwirtschaftlichen Prinzipien eingehalten werden. Auch Vorstösse, welche auf eine Verteuerung der Energieträger hinauslaufen, werden von der SVP sowie den Verbänden der Wirtschaft nicht goutiert. Auch fordern wir, dass Denkverbote im Bereich der Technologie keinen Platz haben sollten. Sollte die CVP ihren Rückweisungsantrag aufrechterhalten, sollte sie sich bei der Unterstützung zu den kantonalen Kantons- und Regierungsratswahlen um die Stimmen dieser linksgrünen Kreise bemühen. Die SVP wird sich vorbehalten, eine Zusammenarbeit mit denjenigen Kreisen abzulehnen, welche krass gegen die Richtlinien der gewerblichen und wirtschaftsfreundlichen Politik verstossen. Wird der Energieplanungsbericht mithilfe der CVP zurückgewiesen, wird es keine Zusammenarbeit bei den kantonalen Wahlen in den gewerblichen Gremien zwischen CVP und SVP geben. Frau Präsidentin, ich beantrage bei der Schlussabstimmung von 5047a sowie bei der Abstimmung 4986a Abstimmung unter Namensaufruf.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Kantonsrat Orlando Wyss beantragt Namensaufruf bei der Schlussabstimmung zur Vorlage 5047a sowie zur Vorlage 4986a. Für eine Abstimmung mit Namensaufruf braucht

es 20 Stimmen gemäss Paragraf 31 Absatz 4 des Geschäftsreglements. Wir stimmen gleich jetzt darüber ab.

Abstimmung

Für den Antrag, eine Namensabstimmung durchzuführen, stimmen 134 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 20 Stimmen erreicht. Es wird bei den Schlussabstimmungen zu den Vorlagen 5047a und 4986a eine Namensabstimmung durchgeführt.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Zunächst vorneweg: Ich komme aus der Stadt Zürich und möchte einige lokalpatriotisch gefärbte Ergänzungen zu den Äusserungen meines Fraktionskollegen Andreas Wolf anfügen. Im Jahr 2008 haben die Stimmberechtigten der Stadt Zürich das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung verankert. Die Zustimmung zu dieser Vorlage betrug 76 Prozent. Die Stadt hat unterdessen beträchtliche Anstrengungen unternommen, um auf diesen Kurs einzuschwenken. Aber es ist auch klar, dass dieses ehrgeizige Ziel nicht im Alleingang erreicht werden kann. Denn es gibt gewichtige Bereiche, in denen andere Instanzen die Regeln bestimmen, zum Beispiel eben der Kanton. Ich möchte hier auf zwei wichtige Punkte hinweisen, wo der Kanton ganz wesentlich mehr unternehmen muss, nämlich bei der Mobilität und den Gebäuden. Im Bereich der Mobilität muss man leider feststellen, dass der Kanton fast gar keine Anstrengungen unternimmt. Der Kanton plant bloss ein überrissenes Programm von Kapazitätserweiterungen für das Strassennetz. Der Kanton fördert also die Zunahme des motorisierten Strassenverkehrs aktiv. Die Stadt Zürich ist in Sachen Energieverbrauch für die Mobilität dem übrigen Kanton weit voraus. Durch die Strassenprojekte in und um die Stadt sabotiert der Kanton diese Pionierleistung gezielt.

Im Gebäudebereich geht der Energieplanungsbericht grundsätzlich in die richtige Richtung. Die neuen MuKE n scheinen auf gutem Weg zu sein. Ich hoffe, dass bis zum definitiven Beschluss keine Verwässerungen vorgenommen werden, sondern nur noch allfälliger technischer Fortschritt berücksichtigt wird. Und wichtig ist vor allem, dass der Kanton Zürich die gesamten MuKE n verbindlich umsetzt und sich diesmal nicht mit einem minimalen Katalog von Massnahmen begnügt. Hier ist auch der Kantonsrat in der Pflicht. Wir Grünen werden uns voll dafür einsetzen, dass die notwendigen Gesetzesrevisionen

rasch vorgenommen werden können. Bitte bedenken Sie, dass Häuser, die jetzt gebaut werden, viele Jahrzehnte lang bestehen und Energie verbrauchen werden. Wir dürfen uns in diesem Bereich keine halben Sachen leisten. Die energetische Sanierung von Altbauten ist zugegebenermassen ein schwierigeres Kapitel. Trotzdem ist es keine Option, einfach zuzuwarten, bis alle alten Häuser durch neue ersetzt worden sind. Das dauert viel zu lange. Die bisherigen Massnahmen greifen zu wenig, es sind grössere Anstrengungen nötig.

Im Energieplanungsbericht sind durchaus sinnvolle Handlungsmöglichkeiten angesprochen, allerdings vage und unverbindlich. Wenn alles, was im Bericht angedeutet wird, auch ernsthaft realisiert würde, dann wäre das ein guter Anfang. Auch im Bereich der steuerlichen Abzüge wären Anpassungen möglich. Denkbar wäre zum Beispiel, dass Kosten für eine umfassende energetische Sanierung auf mehrere Jahre verteilt werden könnten.

Fazit: Wenn die Stadt Zürich das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen soll, dann braucht sie eine grössere und engagiertere Unterstützung durch den Kanton.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Was die beiden Antragsteller hier veranstalten, ist nichts mehr und nichts weniger als eine Wahlkampfaktion für ihre linke Klientel mit Sicht auf die Wahlen vom kommenden Frühjahr. Zuerst zu Frau Bürgin (*Yvonne Bürgin*): Ignorantia juris nocet (*Lateinisch für «Rechtsunkenntnis schadet»*), Frau Kantonsrätin Bürgin, mit dieser Aktion – ob sie gelingt oder nicht gelingt, sei dahingestellt – haben Sie und Ihre Fraktion die Rechnung wohl ohne den Wirt gemacht und der Regierungratskandidatur Ihrer Rats- und Parteikollegin Steiner (*Silvia Steiner*) einen Bärendienst erwiesen. Sie untergraben damit wohl noch die leisesten Chancen im Hinblick auf eine erfolgreiche Regierungratskandidatur von Frau Steiner und auf ein sogenanntes Top-5-Ticket. Zu Herrn Munz (*Roland Munz*): Was ist der Unterschied zwischen Suffizienz und Askesse? Die Mehrheit Ihrer Fraktion wohnt in subventionierten, schönen, atmungsaktiven Altbauten. Ich schlage vor, dass Sie zur Strafe einmal ein Jahr in einem Minergie-Plus-Haus wohnen müssen. Und jetzt noch zur BDP: Sie reden Klartext und Sie reden Wahlkampf, liebe BDP-Fraktion, und damit haben Sie sich vom 9-Punkte-Programm der Zürcher Wirtschaft verabschiedet und sind somit zusammen mit der Linken im Lotterbett. Ich gratuliere Ihnen dazu. Danke.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Urs Hans hat mich gebeten, auch etwas Positives zum Bericht zu sagen, darum werde ich zuerst mal etwas Positives sagen. Es hat mich nämlich positiv überrascht, dass die Forderung dabei ist, dass der Bund eine CO₂-Abgabe einführen soll. Da war ich doch sehr positiv überrascht. Was ich ebenfalls spannend finde, ist die Aussage, dass Raumplanungsinstrumente so angepasst werden müssen, dass kurze Wege gefördert werden können. Das werde ich mir merken und bei Gelegenheit, wenn wir wieder über Raumplanung sprechen, auf dieses Thema zurückkommen. Zuerst nochmals kurz zur Sprache: Allgemein ist es ja sehr, sehr auffällig, dass die Atombefürworter mittlerweile nicht mehr von «Atomstrom» sprechen, dass sie eigentlich gegen die Energiewende sind und Atomstrom möchten, sondern sie reden von einem «Technologieverbot», so auch in diesem Bericht. Es erscheint mir so, als ob die Verfasser des Berichts den Mut zur eigenen Strategie nicht haben.

Gut, nun zum Inhalt: Bezüglich erneuerbarer Energien ist das Szenario, gelinde gesagt, etwas lausig. Wenn ich es mir ansehe: Bis 2020 erwarten Sie so 1 Prozent Solarstrom, 1 Prozent bis 2020. 1 Prozent haben wir jetzt schon. Also mit diesem Plan werden Sie noch von der Realität überholt werden, was die Solarförderung angeht, denn wir haben jetzt schon mehr als das, was Sie für 2020 planen. Deshalb mein Vorwurf an die Verfasser des Berichtes: Ich glaube, Sie haben sich mit erneuerbaren Energien nicht seriös auseinandergesetzt. Zum Beispiel steht im Bericht auch einfach drin «Erneuerbare Energien fluktuieren, deshalb können wir damit den Bedarf nicht decken». Das stimmt schon, dass erneuerbare Energien fluktuieren, aber es gibt viele Konzepte, um damit umzugehen. Im Bericht steht kein einziges Wort von «demand side management», DSM (*Englisch für «Laststeuerung»*). Und «smart grid» (*Englisch für «intelligentes Stromnetz»*) wird nur zweimal in einem Nebensatz irgendwo verwendet, «power to gas» kommt auch nicht vor. Also all die Konzepte, bei denen es darum geht, wie man erneuerbare Energien richtig in unser Stromnetz integriert, werden einfach ausgeblendet. Es wird gesagt: «Oh, erneuerbare Energien, das funktioniert nicht.» Deshalb finde ich das ungenügend und muss Ihnen vorwerfen, dass Sie sich ungenügend mit erneuerbaren Energien auseinandergesetzt haben.

Noch ein Kommentar zu Lorenz Habicher: Das ist natürlich ein absoluter «Seich». Also Sie haben, ob absichtlich oder unabsichtlich, in diesem Bericht in der falschen Spalte geguckt. Natürlich steht 2013

noch was von Atomstrom drin, doch der Bericht verlangt bis 2035 0,0 Prozent Atomstrom, um das hier noch klarzustellen.

Dann noch zu Michael Welz: Es würde etwas lange werden, wenn ich das ganz kritisieren möchte. Zuerst kurz zu den Subventionen: Das Problem, dass wir extrem niedrige Energiepreise haben im Moment, ist nicht ein Problem der Subventionen primär. Es ist ein Problem, dass das Marktdesign mit erneuerbaren Energien nicht funktioniert. Mit erneuerbaren Energien wird der Preis an der Leipziger Strombörse gegen Null sinken. Das liegt daran, dass der Markt nicht gemacht ist für erneuerbare Energien. Das ist das Problem, nicht dass wir erneuerbare Energien teilweise subventionieren. Das Geschwafel, das Sie abgesehen haben bezüglich Klimawandel, finde ich etwas peinlich, muss ich ehrlicherweise sagen. Aber wenn man glaubt, dass die Erde noch eine Scheibe ist, glaubt man vielleicht auch, dass der Klimawandel nicht existiert.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Vorstandsmitglied des KGV (*Kantonaler Gewerbeverband*) und des HEV (*Hauseigentümerverband*). Der vorliegende Energieplanungsbericht der Regierung enthält viele Massnahmen, die sehr ambitioniert sind. Man darf sagen: Die Richtung stimmt in vielen Punkten. Dazu darf festgestellt werden, dass Private, die Wirtschaft und die öffentliche Hand zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes schon viel getan haben und noch viel tun werden, was auch nötig ist. Es liegt im Interesse der Wirtschaft, die Abhängigkeit vom Ausland im Bereich der Energieversorgung zu senken. Ich glaube, da haben wir Konsens. Eine sichere und günstige Energieversorgung ist für den Wirtschaftsstandort, ja, für den gesamten Standort Zürich, aber von grösster Bedeutung. Das Ziel von «Energie 2050» des Regierungsrates, den CO₂-Ausstoss auf 2,2 Tonnen pro Kopf zu reduzieren, ist sehr, sehr anspruchsvoll. Und ich bin dann gespannt, Roland Munz, mit deiner Suffizienz, wie du uns die dokumentierst, hä?

Folgende Punkte stehen aus wirtschaftlicher Sicht im Vordergrund: Bei energiepolitischen Entscheidungen soll nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geurteilt und entschieden werden. Gesetzesänderungen, Initiativen und andere Vorstösse, die zu Kostensteigerungen führen, lehnen wir kategorisch ab. Technologie-Verbote sind konsequent abzulehnen. Neuen Formen der Energienutzung soll mit Offenheit begegnet werden. Keine – ich betone, keine – Option soll von vornher-

ein aus ideologischen Gründen verworfen werden. Yvonne Bürgin, du hast es zu Recht angesprochen: Es braucht Innovation. Aber es ist mir neu, mit Denkverboten Innovationen zu fördern. Also, Innovation braucht Technologien, Technologien zu verbessern und so weiter. Und da gehört halt auch die Kernenergie dazu.

Wir haben ein Beispiel, Deutschland, wie man's nicht machen sollte. Aber wir sind auf dem besten Weg, hinterherzulaufen. Eine Politik, die schlussendlich dazu führt, dass wir wieder fossile Brennstoffe fördern – ich denke an die Kohlekraftwerke in Deutschland –, das ist ja absurd. Kann das in unserem Interesse sein, einen solchen Weg zu gehen. Ich frage Sie auf der anderen Seite: Wollen Sie diesen Weg gehen, den Deutschland begeht? Also das führt das Ganze ad absurdum.

Beide vorliegenden Rückweisungsanträge müssen aus Sicht der Wirtschaft abgelehnt werden. Ich bitte Sie, dem Energieplanungsbericht des Regierungsrates zuzustimmen und die Behördeninitiative abzulehnen. Vielen Dank.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): «Wir müssen uns endlich entscheiden, ob wir weiterhin jährlich mehrere Milliarden für fossile Energien in Schurkenstaaten, wie die USA, Russland oder Saudi-Arabien, investieren wollen oder ob wir besser die einheimische Wertschöpfung erhöhen, indem wir dieses Geld in erneuerbare Energien investieren.» Der eben gehörte Satz stammt nicht von mir, sondern von einem bekannten Zürcher Professor, der diese Worte anfangs Jahr am Naturkongress in Basel ans Publikum gerichtet hat. Weshalb er zu derart drastischen Worten griff, werde ich kurz darlegen. Für den Kauf von Energie aus dem Ausland fließen aus der Schweiz pro Jahr sage und schreibe 12,9 Milliarden Franken ab. Das ist rund ein Fünftel des gesamten Bundesbudgets dieses Jahres. Pro Schweizer und Jahr macht das somit 1622 Franken. Bleibt die heutige Abhängigkeit bestehen, kumuliert sich somit der Geldabfluss ins Ausland bis 2050, je nach Entwicklung der Energiepreise, auf 360 bis 580 Milliarden Franken, unvorstellbar viel Geld, das wir genauso gut in erneuerbare Energien investieren könnten. Absolut betrachtet, ist der Mittelabfluss im Kanton Zürich am grössten. So geben wir hier 290 Mal mehr Geld für den Import von fossiler Energie aus als für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Dies schadet unserer Volkswirtschaft und dem Klima.

Dass der Energieplanungsbericht eine zu defensive Strategie postuliert und Bemühungen der Kernstädte und anderer Energiegemeinden zu wenig entgegenkommt, haben wir gehört. Nun möchte ich jedoch noch einige Überlegungen zur Behördeninitiative betreffend Energiestrategie ohne nukleare Risiken ausführen, die für einen zügigen Ausstieg aus der Atomenergie sprechen. Erstens: Atomkraftwerke werden mit zunehmendem Alter immer gefährlicher. Sie durchlaufen eine sogenannte Risiko-Badewannenkurve. Mit zunehmendem Alter «versprödet» das Material. Bei den AKW beschleunigt die Strahlung diesen Alterungsprozess zusätzlich und längst nicht alle Komponenten können ersetzt werden. Hinzu kommt, dass alte Reaktoranlagen eine veraltete sicherheitstechnische Auslegeordnung haben. Wie bei einem alten Auto kein ABS-System nachträglich eingebaut werden kann, können AKW aus den Sechziger- und Siebzigerjahren nur begrenzt nachgebessert werden. Alte AKW bleiben trotz enormen Investitionen in die Sicherheit also alt und gefährlich. Beznau I sorgt sogar für einen traurigen Rekord, wie wir auch von einem Vorredner gehört haben. Mit 45 Jahren ist es der älteste Reaktor der Welt. Entsprechend lang sind die Mängellisten. Nach Fukushima wurden vergleichbare Reaktoren in Deutschland vom Netz genommen. Zum Vergleich: Das weltweite Durchschnittsalter von AKW liegt bei 23 Jahren.

Zweitens: In Atomstrompreisen sind kostspielige Überraschungen nicht berücksichtigt. Risikokosten werden nämlich nicht abgewälzt. Nach einem Unfall zahlen nicht die AKW-Betreiber für die Milliardenschäden, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Kosten für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung des Atommülls werden unterschätzt und sind im Atomstrompreis ungenügend abgebildet. Die eigentlichen Back-End-Kosten der heute betriebenen Schweizer AKW werden erst bei der Ausserbetriebnahme ans Tageslicht kommen.

Und drittens und abschliessend: Angesichts des hohen Verseuchungspotenzials sind Atomkraftwerke massiv unterversichert. Eine Studie beziffert die potenzielle Schadenssumme für einen Unfall in der Schweiz auf 4300 Milliarden Franken. Keine Versicherung der Welt will das Risiko eines Atomunfalls versichern. Die Haftpflichtversicherung der AKW beträgt nur gerade 2,25 Milliarden Franken. Ein neues AKW ist übrigens ein derart grosses Investitionsrisiko, dass selbst die UBS (*Schweizer Grossbank*) davon abrät.

Die SP stimmt der Behördeninitiative betreffend Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken aufgrund der erwähnten Tatsachen zu.

Konrad Langhart (SVP, Oberstammheim): Es ist heute Morgen ein Nebenschauplatz, aber die Kommissionsminderheit begründet ihren Rückweisungsantrag unter anderem auch mit Unzulänglichkeiten im Handlungsfeld «Gebäude», mit ungenügenden staatlichen Zwangsmassnahmen und Fördermitteln. Angesichts der real existierenden Fakten ist diese Begründung äusserst absurd und nicht nachvollziehbar. Tatsächlich ist die Energieeffizienzsteigerung im Gebäudebereich eine eigentliche Erfolgsstory. In den letzten 25 Jahren hat sich der Energiebedarf von Neubauten mehr als halbiert. Die Schweiz und der Kanton Zürich belegen bezüglich energetischer Neubauvorschriften einen internationalen Spitzenplatz. Bei Altbauten sinkt der Energieverbrauch dank zahlreicher Massnahmen im Schnitt um 1,3 Prozent pro Jahr. Administrative Hürden zur Sanierung von bestehenden Gebäuden wurden abgebaut. Zudem erarbeiten die Kantone neue Mustervorschriften in diesem Bereich. So sollen sich beispielsweise Neubauten im Wesentlichen selbst versorgen. Die Wärmedämmvorschriften wurden seit 1981 laufend angepasst. Der Wärmedurchgang durch die Aussenhülle von Neubauten ist in den letzten 30 Jahren um den Faktor vier geringer geworden. Seit 1997 gilt zudem ein Höchstanteil für die Nutzung von nicht erneuerbaren Energien für Heizung und Warmwasserbereitung. Es passiert also vieles. Die Reduktion des Energiebedarfs im Gebäudebereich ist voll auf Kurs und geschieht im Wesentlichen bei Neubauten oder, ebenso markant, bei erforderlichen Sanierungen und Umbauten von bestehender Bausubstanz. Was wollen Sie denn eigentlich mehr? Ein weitergehendes staatliches Engagement als im Energieplanungsbericht vorgezeichnet, ist also unnötig und sogar kontraproduktiv. Es braucht keine weitergehenden Vorschriften, die sogar noch von Sanierungsmassnahmen abschrecken. Auch die bestehenden Fördermittel sind ausreichend. Hauseigentümer und Bauherren wissen selbst am besten, dass eingesparte Energie auch die günstigste Energie ist. Sie wissen, dass sich sinnvolle Gebäudesanierungen mit zeitgemässer Bautechnik und Materialien rechnen. Ihnen allein ist der grosse Erfolg in der Energieeffizienzsteigerung in der Vergangenheit zuzuschreiben. Aktuell beschäftige ich mich selbst mit dem Umbau und der Sanierung meines eigenen Wohnhauses. Das Gebäude mit Ursprüngen aus dem 18. Jahrhundert wird in einem Jahr markant weni-

ger Heizenergie benötigen, notabene fast ausschliesslich erneuerbare Energie. Sie dürfen mir glauben, dass ich mich bei diesem Projekt ausschliesslich von Zahlen und Fakten leiten lasse, weitergehende Zwängerei von Energie-Ideologen sind für mich kein Kriterium. Der Energieplanungsbericht 2013 weist auch im Gebäudebereich auf einen gangbaren und realistischen Weg hin. Die Rückweisungsanträge sind daher unbegründet und folglich abzulehnen. Vielen Dank.

Josef Widler (CVP, Zürich): Heute habe ich erfahren, dass die CVP den Wahlkampf eröffnet hat, ich bin froh um diesen Hinweis. Um meine Interessenlage auch klarzustellen: Ich bin Mitglied im Gewerbeverband und ich bin Mitglied des Hauseigentümergebietes. Als einfacher Hausarzt habe ich heute wieder einmal festgestellt, dass man «politisch» sagt, wenn's mit Logik nichts mehr zu tun hat, oder dass «politisch» auch bedeutet, dass man bei den Aussagen gar nicht so richtig hinhört, sondern einfach hineininterpretiert, was man gerne hätte, dass es so wäre. Wenn Sie nämlich unseren Rückweisungsantrag studiert haben, haben sie gesehen, dass wir durchaus der Meinung sind, dass die bestehenden AKW sicher betrieben werden sollen, dass man sie anständig abschreiben kann und dass man nicht einfach raschestmöglich aussteigen soll. Wir erwarten einfach vom Regierungsrat, dass er klar Stellung dazu nimmt, wie er mit der Substitution der Atomenergie verfahren will. Das macht er eben nicht. Nur das haben wir verlangt mit unserem Rückweisungsantrag. Wir werden auch die Behördeninitiative zurückweisen, das haben wir bereits im Gemeinderat so gemacht. Ich danke Ihnen.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen): Der Energieplanungsbericht gibt mir als Vorstandsmitglied des Waldwirtschaftsverbandes des Kantons Zürich Gelegenheit, eine Lanze für die Holzenergie zu brechen. Im Jahr 2013 wurde im Kanton Zürich knapp 370'000 Kubikmeter Holz genutzt. Bei einer Waldfläche des Kantons von 49'700 Hektaren ergibt dies eine theoretische Nutzung von 7,4 Kubikmeter pro Hektar. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 10 Kubikmetern pro Hektar und Jahr wurde der Zuwachs im vergangenen Jahr nicht abgeschöpft und der Wald wurde unternutzt. Ein Grund war unter anderem das milde Winterwetter mit kaum Temperaturen im Minusbereich, was die Holzerntearbeiten erschwerte.

Was uns aber am Energieplanungsbericht besonders interessiert, ist der Trend zum Energieholz. Dieser betrug 2013 51 Prozent und ist seit 2012 höher als der Stammholzanteil. Im Holzheizkraftwerk Aubrugg beispielsweise wurden im vergangenen Jahr 191'000 Megawattstunden Wärmeenergie produziert. Unter anderem werden damit die Masoala-Halle und neu auch das Elefantenhaus beim Zoo beheizt. Bei einem Gang durch den Wald werden Sie unschwer feststellen, dass die Energieholz-Polter im Gegensatz zu den Stammlagen immer grösser werden. Ein Wort zur Nutzung: Jeder Eingriff hinterlässt auf den ersten Blick Spuren, sei es, wenn bei nicht optimalen Bodenverhältnissen die Arbeiten ausgeführt werden mussten, oder wenn der Eindruck entsteht, es stehen ja keine Bäume mehr auf einer durchforsteten Fläche. Dann wird in der Presse und in Leserbriefen von «Schlachtfeld», «Baummord», «Baumgemetzel» gesprochen. Betrachtet man solche Flächen zwei Jahre nach dem Eingriff, ist genau das eingetreten, was die nachhaltige Waldnutzung will, nämlich: Neues Leben blüht. Nicht aus den Ruinen, sondern auf dem neu belichteten Boden. Im Energieplanungsbericht wird eine Verdoppelung der Holzenergie aus Waldholz und Altholz bis 2050 in Aussicht gestellt. Beim Waldholz kann dieser Anteil nur gesteigert werden, wenn in den überalterten Beständen in topografisch schwierigen Lagen und kleinstrukturierten Besitzverhältnissen unter wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zusätzlich Holz genutzt werden kann oder der Anteil an Stammholz weiter zugunsten des Energieholzes zurückgeht. Der Anfall an Altholz ergibt sich aus einer heute hohen Rückbauquote von Häusern vor 1960, bei welchen viel Holz verbaut wurde. Bei jüngeren Gebäuden ist der Holzanteil kleiner. Im Moment verlässt viel Altholz den Kanton Zürich in Regionen mit schwacher Bautätigkeit, wo zu wenig Altholz zur Verfügung steht, nach Italien, das wegen Holzangel für Altholz sogar bezahlt. Grosse Mengen an Altholz werden ebenfalls nach Deutschland exportiert, notabene mit Lastwagen transportiert, weil die in Deutschland dafür Förderbeiträge zahlen. Ich habe mich in der Szene umgehört. Nach deren Ansicht wäre im Kanton Zürich genug Altholz vorhanden, um den Anteil zu erhöhen, aber nur, wenn das Altholz im Kanton Zürich verbleiben würde. Dies bedürfte einer staatlichen Intervention, was allerdings einen Eingriff in den freien Markt bedeutet.

Alles in allem komme ich zum Schluss, dass eine Verdoppelung des Energieholzpotenzials bis 2050 zu optimistisch eingeschätzt wird.

Trotzdem empfehle ich Ihnen die Annahme des Energieplanungsberichts. Ich danke Ihnen.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Ist es wirtschaftsfeindlich, eine klare Aussage zum Ausstieg aus der Atomenergie zu verlangen? Ich meine ganz klar: Nein, denn man verlangt lediglich eine Aussage. Ist es wirtschaftsfeindlich, ein AKW nach dem Ende der sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillzulegen? Ich denke: Nein, denn das möchten wir doch alle, weil wir sicher leben möchten. Ist es wirtschaftsfeindlich respektive scheint es wirtschaftsfeindlich zu sein, wenn man einfach gegen die Meinung oder gegen die Aussagen der SVP ist? Ja, meine Damen und Herren, Sie beherrschen den Gewerbeverband und den Hauseigentümergeverband, doch bitte missbrauchen Sie diese Macht nicht. Sie haben es in der Hand, demokratisch oder gar diktatorisch zu sein. Zudem hängt Wirtschaftsfreundlichkeit wohl kaum nur von einem Dossier und gerade vielleicht von diesem heutigen Dossier ab. Gewerbefreundliche Politik verfolgt man über Jahre und stetig. Wenn dem halt nicht so ist, dann kann ich nur sagen: kurzsichtig.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Alle hier drin wissen genau, dass Wind- und Solarenergie oft nicht funktionieren, immer wenn es dunkel und windstill ist, und Solarenergie insbesondere dazu viel graue Energie – enthält problematisch zu entsorgende Elemente – benötigt. Sie wissen auch, dass es ausser Pumpspeicherwerken bis heute weder eine ökologische noch wirtschaftliche Möglichkeit der Energiespeicherung gibt. Die Batterien, wie wir den Medien entnehmen, sind weder umweltfreundlich noch ökologisch noch ökonomisch. Sie können noch so viele Häuser isolieren, des Nachts, besonders im Winter, sind Sie in Mitteleuropa von Kernkraftstrom oder Wasserkraft abhängig. Wasserkraft haben Sie aber durch die Mittagszeit-Stromschwemme und die Förderung von Alternativenergien unrentabel gemacht. Zudem hat es zu wenig. Deshalb hat auch und wird noch in Zukunft jedes Kernkraftwerk, das Sie abstellen, den CO₂-Ausstoss vergrössern. Das passiert und ist schon geschehen, in Deutschland insbesondere.

Zur CVP und anderen Parteien: Ich bin enttäuscht, dass Sie sich nicht an der physikalischen Realität, an der Naturwissenschaft und an der Ökonomie orientieren, sondern nur auf den Trend achten. Die Aussage von Frau Bürgin (*Yvonne Bürgin*), dass es nicht sein darf, dass in

Japan der Fukushima-Effekt bereits verklingt – «Es darf nicht sein», hat sie gesagt – zeigt, dass sie hier rein ihr Mitschwimmen auf dem ideologischen Öko-Trip propagiert, jenseits physikalischer Tatsachen. Klar, man muss den Fukushima-Effekt noch ausnützen, um rasch jetzt bei uns den Atomausstieg im Energieplanungsbericht zu verankern. Denn, Hilfe, wenn der Fukushima-Effekt verklingt, kann man das nicht mehr tun. Sie wollen den verklingenden Effekt gerade noch zum Totlaufen der Kernkraftwerke, um dies zu verankern. In Japan, weiss Gott von Fukushima gezeichnet, lässt der Schock nach und die Realität kehrt wieder ein. Das ist gut und das sollte auch in Ihren Köpfen geschehen. Der Energieplanungsbericht hat sich an nichts anderem als der physikalischen Wirklichkeit zu orientieren und ist so abzunehmen.

Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt): Ich habe mit Interesse Ihre vielen Aussagen verfolgt und mich immer wieder gefragt, ob Sie sich eigentlich noch daran erinnern, wie es dazu kam, dass der Energieplanungsbericht von diesem Rat genehmigt werden soll. Es geschah im Laufe des Gegenvorschlags zu einer Volksinitiative für eine 2000-Watt-Gesellschaft. Was wir damals wollten und was auch heute im Energiegesetz steht, ist zweierlei: Einerseits in Artikel 10, dass das Ziel der Energiepolitik im Kanton Zürich, soweit der Regierungsrat dafür zuständig ist, eben ein CO₂-Reduktionsziel von 2,2 Tonnen bis 2050 pro Kopf vorsieht. Und das Zweite steht in Artikel 4, unser Kommissionspräsident hat das bereits zitiert, dass wir den Energieplanungsbericht eben abnehmen, und zwar wiederum in dem Bereich, in dem der Zürcher Regierungsrat überhaupt zuständig ist. Warum haben wir das gemacht? Wir wollten in einem Vierjahresrhythmus durch den Energieplanungsbericht überprüfen lassen, ob die getroffenen Massnahmen, als da sind Fördermassnahmen und Unterstützungen für neue erneuerbare Energien und für den Wärmemarkt, für die Sanierung von Gebäuden, ob das uns auf dem Zielpfad zu diesem CO₂-Ziel hält oder nicht. Und wenn dies nicht der Fall wäre, wäre der Energieplanungsbericht der Ausgangspunkt, um diese Massnahmen neu festzulegen. Alles andere ist Zugemüse in diesem Energieplanungsbericht, das wir zur Kenntnis nehmen können, für das wir aber nicht zuständig sind. Und all jenen, die gesagt haben, der Bund habe bereits den Ausstieg beschlossen, darf ich in Erinnerung rufen, dass der Bund nicht gleich der Bundesrat ist und dass der Bundesrat auch nicht gleich das eidgenössische Parlament ist, das noch mitten in den Beratungen steckt. Und vor allen Dingen steht noch der Volksentscheid aus, ob denn die-

se Energiestrategie, so wie sie vor drei Jahren angedacht wurde, auch dereinst das Wohlgefallen des Souveräns finden wird. Insofern sind Ihre Glaubensbekenntnisse zwar nett, nicht wirklich neu, und sie tragen nichts, aber auch gar nichts zur Energiepolitik in diesem Kanton bei, soweit der Kanton dafür überhaupt zuständig ist. Und insofern bitte ich Sie, Ihren Adrenalinspiegel etwas zu senken und zur Kenntnis zu nehmen, welches die Resultate im Bereich des Zielerreichungspfadens aus der Absenkung des CO₂ sind, welche Massnahmen wir bislang getroffen haben und welche Effekte sie erzielt haben. In diesem Sinne können wir ganz beruhigt auch feststellen, dass der Bundesrat und der Regierungsrat sehr kongruent sind in ihrer Aussage: Die Kernkraftwerke sollen so lange betrieben werden können, als sie sicher betrieben werden. Da besteht kein Einflussbedarf seitens Berns, der offenbar hier spürbar wird. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum Energieplanungsbericht und für die Ablehnung der beiden Rückweisungsanträge.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Sehr geehrter Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*), der Wirth hat lange zugehört und ist klar zum Schluss gekommen: Der Energieplanungsbericht muss zurückgewiesen werden. Machen Sie es also mit dem Wirth gleich und machen Sie auch die gleiche Rechnung. Herzlichen Dank.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal.: Der Energieplanungsbericht 2013 beleuchtet im Bereich der Mobilität die wichtigen Eckwerte. Er berücksichtigt, dass der Bund mit seinen Vorschriften den Weg vorgegeben hat, wie der Bereich der Mobilität zu steuern ist. Weil die Mobilität einen Drittel des Energieverbrauchs ausmacht, ist dies ein wichtiger Teil des Energieplanungsberichts. Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der ÖV einen Grossteil des Verkehrsaufkommens übernimmt und zur Energieeffizienz beiträgt. Aber es gibt neben dem ÖV auch noch den motorisierten Individualverkehr (MIV), der ebenso seine Daseinsberechtigung hat und einen wichtigen Eckpfeiler unserer Wirtschaftsleistung darstellt. Doch der MIV ist aus linker und grüner Sichtweise zu verdammen und zu verhindern. Dabei wird darüber hinweggesehen, dass die Anstrengungen betreffend die Energieeffizienz in diesem Sektor sehr gross und auch sehr erfolgreich sind. Mitte 2012 wurde die Verordnung über die Verminderung der CO₂-Emissionen von Personenwagen in Kraft ge-

setzt. Dabei gilt ein Grenzwert von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer, ab welchem finanzielle Sanktionen wirksam werden. Dies mit einer Übergangsfrist bis 2014. Ab 2015 werden diese Sanktionen für alle in Kraft gesetzten Fahrzeuge angewandt. Ab 2018 wird die Rabattierung für die ersten drei Gramm Überschreitung aufgehoben und ab 2020 wird die Grenze der Sanktionen auf 95 Gramm CO₂ pro Kilometer abgesenkt. Dies ist eine grosse Herausforderung, vor allem für die Industrie, denn diese Richtlinien wird es europaweit geben. Den Beweis, dass in dieser Hinsicht einiges geschehen wird, haben die Automobilhersteller jetzt schon erbracht. Elektrofahrzeuge werden in der Zusammenstellung der Angebotspalette in der nächsten Zeit eine wichtige Rolle spielen, welche vor allem von links-grünen Kreisen herbeigesehnt wird. Dies aus dem einfachen Grund: Weil die Technik in dieser Sparte noch nicht so effizient einsetzbar ist, damit dies schnell zu einer Erfolgsgeschichte werden kann.

Doch die Diskussion in der KEVU beim Thema «Mobilität» drehte sich ausschliesslich um Elektrofahrzeuge. Es ist sowieso Erstaunliches bei der links-grünen Seite festzustellen: Seit bei Ihnen das Thema «Atomausstieg» an erster Stelle steht, verkümmert die Diskussion über den CO₂CO₂-Ausstoss in ihren Reihen. Denn allen ist klar, dass ein Atomausstieg nur mit der Inkaufnahme von erhöhtem CO₂-Ausstoss infolge CO₂CO₂-lastiger Stromproduktion und Stromimport möglich wäre. Ein weiterer Aspekt in der Umweltpolitik ist der von links-grüner Seite propagierte Ausbau des ÖV zulasten des motorisierten Individualverkehrs. Dieser führt aber zur Zersiedelung und fördert so die von diesen Kreisen nicht erwünschte Mobilität. Wir müssen uns bewusst sein, dass der Ausbau der Mobilität ein Grundbedürfnis des modernen Menschen darstellt. Dies versuchen die links-grünen Kreise mit polizeistaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Sie kleiden diese Massnahmen in nette Worthülsen, wie zum Beispiel «Energiesuffizienz». Doch Suffizienz ist nichts anderes als eine staatlich erzwungene Zwangsmassnahme, welche in einem liberalen Staatsgefüge nichts zu suchen hat. Interessant wird in Zukunft zu verfolgen sein, wie dies Parteien auf einen Nenner zu bringen versuchen, welche die Worthülse «liberal» in ihrem Parteinamen haben. Spätestens beim Versuch, solche energetischen Zwangsmassnahmen durchzusetzen, wird der Wähler merken, dass das «L» bei den Grünliberalen nur ein Marketing-Gag ist. Nach Meinung der SVP hat der Energieplanungsbericht die wichtigen Aspekte der Mobilität aufgegriffen und orientiert sich an den machbaren. Aus diesem Grund steht die SVP hinter diesen

Aussagen und heisst auch das Kapitel «Mobilität», wie den ganzen Energieplanungsbericht, gut.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Sie haben jetzt die Positionen der SVP gehört. Zum Teilbereich «Gebäude» hat Koni Langhart (*Konrad Langhart*) gesprochen, zur Wärmeversorgung Hanspeter Haug, zur Mobilität Orlando Wyss und zur Strom- oder Elektrizitätsproblematik Matthias Hauser. Sie sehen, wir haben uns mit jedem Teilbereich Ihres Rückweisungsantrags auseinandergesetzt und wir haben bei jedem Teilbereich gute Gründe, diesen nicht zu unterstützen. Die konkrete Forderung des zweiten Rückweisungsantrags der CVP-, EVP-Fraktionen ist so, dass wir dem auch nicht zustimmen können, weil erstens die Problematik zu AKW-lastig ist und zweitens wir diese Meinung nicht teilen können. Sie sehen, auch da haben wir gute Gründe, die Rückweisung nicht zu unterstützen. Es ist also so, dass die SVP-Fraktion beide Rückweisungsanträge nicht unterstützt und sich enthalten wird. Sie selbst haben es jetzt in der Hand, welchem Rückweisungsantrag Sie den Vorzug geben wollen. Natürlich können Sie darauf verzichten, den einen oder den anderen vorzuziehen und den einen oder anderen zurückzuziehen. Das gilt vor allem für die CVP, dann kann sie ihr Gesicht immer noch wahren. Natürlich, wenn Sie das nicht machen, dann ist es auch gut für uns. Ein Rückzug wäre ein Erfolg für uns, denn dann haben Sie die Argumentation des Rückweisungsantrags aufgegeben und in diesem Moment verzichten Sie auch darauf, dass diese Begründung für die Rückweisung stattfindet. Das heisst: Wenn die Grünen auf ihren Rückweisungsantrag verzichten, verzichten sie auch auf die vier Punkte, die in der Begründung stehen. Wenn sie sich der CVP also anschliessen, dann haben Sie als Begründung nur rein die Argumentation dieses Rückweisungsantrags. Und das finde ich sehr gut, denn dann geben Sie Ihre Energiepolitik auf und das finden wir natürlich gut. Es ist auch so, dass Herr Heierli (*Daniel Heierli*) von den Grünen gesagt hat, dass die Stadt Zürich ihr Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft nicht allein erreichen kann. Schade, dass die Grünen der Stadt Zürich das dem Volk nicht bei der Abstimmung so gesagt haben. Grüne und SP der Stadt Zürich haben immer gesagt: «Die 2000-Watt-Gesellschaft ist machbar und wir können das». Also ist es wunderbar, wenn Sie hier drinnen jetzt bestätigen, dass Sie das nicht allein schaffen. Sie können die gesetzten Ziele, die dem Stimmvolk versprochenen Ziele, nicht erreichen.

Wir stehen für eine konsequente Energiepolitik, unsere Zielsetzungen können erreicht werden. Und wir unterstützen den Energieplanungsbericht, so wie er vorliegt, und werden diesen genehmigen.

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Das Wort aus dem Rat wird nicht mehr weiter gewünscht. Dann begrüsse ich herzlich den Baudirektor Markus Kägi und gebe ihm das Wort.

Regierungsrat Markus Kägi: Vorerst möchte ich mich bei Ihnen für diesen engagierten Morgen hier drin zum Thema unseres Energieplanungsberichts bedanken. Ich will vorwegnehmen, dass ich und auch der Regierungsrat nach wie vor zu diesem Bericht stehen. Sie können diesen Bericht ablehnen oder Sie können ihn annehmen. Sie werden den nächsten Energieplanungsbericht 2017 wieder von der Regierung erhalten, wie wir das auch untereinander vereinbart haben. Gestatten Sie mir, noch ein paar Themen aufzugreifen. Da erscheint es mir wichtig, dass Sie das wissen und vielleicht – ich habe zwar keine grossen Hoffnungen, aber vielleicht – kann ich das eine oder andere Argument doch noch zur Änderung bringen.

Ich möchte zuerst auf die Reaktion der Stadt Zürich, von Frau Nielsen (*Stadträtin Claudia Nielsen*) eingehen. Sie hat allen städtischen Kantonsräten, inklusive der ganzen KEVU, den Mitgliedern der KEVU, ein Schreiben zukommen lassen, in dem sie die ganze Sicht von der städtischen Seite aus beleuchtet. Das ist ein Novum für mich, dass man das so praktiziert. Ich muss mir dann auch überlegen, wann ich welche Kommissionen in der Stadt mit anderen Meinungen bedienen soll. Zum Schreiben von Frau Nielsen möchte ich drei Antworten geben: Es steht darin, der Energieplanungsbericht 2013 weiche von den Grundsätzen und Zielen der Stadt ab. Das ist falsch. Der Energieplanungsbericht weicht nicht grundsätzlich von den Zielen ab, aber von den Ideen, wie die Umsetzung erfolgen sollte. Ich erläutere Ihnen das am Beispiel der Mobilität. Der strassenverkehrsbedingte CO₂-Ausstoss pro Kopf ist von Stadtbewohnern dreimal geringer als von den Einwohnern im Furttal oder im Knonaueramt. Somit müssen im Detail auch unterschiedliche Ziele bestehen. Ein Zürcher, welcher nach New York fliegt, erscheint nicht in der 2000-Watt-Gesellschaft-Statistik, hingegen wird er bei der kantonalen Zielsetzung von 2,2 Tonnen CO₂ miteingerechnet. Hier besteht eine unterschiedliche Bilanzierung. Somit ist die Abweichung zwischen städtischer und kan-

tonaler Zielsetzung nicht so gross, wie sie von der Stadt gerne dargestellt wird. Der Energieplanungsbericht zeigt für die nächsten vier Jahre realistische Umsetzungsmassnahmen für den ganzen Kanton und nicht nur für die Stadt Zürich auf. Ziel des Energieplanungsberichtes ist es aber nicht, die Gesellschaft im Jahr 2015 oder im Jahr 2100 zu beschreiben.

Zweiter Punkt: Der Energieplanungsbericht 2013 greift das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft nicht auf. Die Vision Energie 2050 des Kantons – Sie haben gesagt, wir hätten keine Vision, aber Sie können das im Bericht nachlesen –, die Vision 2050 des Kantons besteht seit dem Jahr 1994 und fokussiert seit je auf die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Damals im Jahre 1994 gab es keine 2000-Watt-Gesellschaft. Der Kanton leistete Pionierarbeit. Es sei daher die Frage erlaubt, wieso sich der Kanton der 2000-Watt-Gesellschaft und nicht die 2000-Watt-Gesellschaft dem Kanton anpassen soll; umso mehr, als die langfristigen Ziele in die gleiche Richtung gehen. Differenzen bestehen bei der Umsetzung. Der Kanton setzt auf technische Weiterentwicklungen zur Energieeffizienzsteigerung und CO₂-Minderung. Dies im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons. Deshalb engagieren wir uns auch zusammen mit der EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt*) und ETH für das Projekt «NEST», das Sie bestens kennen. Die 2000-Watt-Gesellschaft gewichtet dagegen bedeutend stärker die Suffizienz, es wurde ein paar Mal hier drinnen darauf hingewiesen, also das staatlich verordnete Sparen. Ich gewärtige gerne Ihre Vorstellungen, Sie haben ja politisch die Möglichkeiten, Ideen einzubringen und diese dann umzusetzen. Ich bin gespannt, ob unsere Bürgerinnen und Bürger dies alles nachher genehmigen werden.

Und drittens: Die Aktivitäten der Städte und Gemeinden würden nicht dargestellt, das ist auch ein Vorwurf. Das kantonale Energiegesetz weist den Gemeinden Kompetenzen in den Bereichen kommunaler Energieplanung zu. Zudem sind sie für die Information und Beratung der Bevölkerung in Energiefragen sowie für den Vollzug der energetischen Bauvorschriften abschliessend zuständig. Der umfassende Energieplanungsbericht der Neunzigerjahre beleuchtete damals alle Seiten der Energieaktivität auf über 100 Seiten. Gemäss Energiegesetz soll der Energieplanungsbericht aber alle vier Jahre – das haben wir gemacht – die gegenwärtige und künftige Energienutzung und -versorgung darstellen, nicht mehr und nicht weniger. Da haben wir auch dazugelernt. Seit 2006 haben die Energieplanungsberichte weniger als

40 Seiten, dafür werden sie – von einigen wenigstens – doch auch gelesen, wie die Diskussion hier zeigt.

Gestatten Sie mir noch Bemerkungen zu den Rückweisungsanträgen der CVP und der EVP, und ich denke, auch die BDP kann gut zuhören. In diesem Antrag steht: «Über die Axpo ist der Kanton Zürich an vier von insgesamt fünf Kraftwerken beteiligt.» Das stimmt so. Zur Erinnerung: Gesamthaft über EKZ und Regierung sind es 36,7 Prozent. Da kommt es, zweitens: «Der Energieplanungsbericht 2013 entspricht im Bereich der Atomenergie nur grundsätzlich der Stossrichtung des Bundesrates.» Das stimmt nicht. Die Stossrichtung deckt sich vollständig. Bundesrat und Energieplanungsbericht fordern, dass die bestehenden Kraftwerke, so lange betrieben werden können, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Wann die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, das entscheidet letztendlich das ENSI. Sie können das nachlesen auf Seite 5, auf Seite 15, auf Seite 16 und auf Seite 31 des Energieplanungsberichtes. Dann geht es weiter: «Der Energieplanungsbericht lehnt ein Technologieverbot ab.» Der Bundesrat lehnt ebenfalls ein Technologieverbot ab und will die Kernenergie-Forschung weiterbetreiben. Das können Sie in der bundesrätlichen Botschaft auf Seite 152 selber nachlesen. Drittens, der weitere Satz: «Und im Gegensatz zum Bund setzt der Regierungsrat auf die Strategie «Fortschritt» und nicht auf Verzicht». Auch das stimmt nicht. In der aktuellen Fassung der UREK (*Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie*) Nationalrat ist kein Ziel vorhanden. Frau Gabriela Winkler hat es vorhin erwähnt: Der Energieplanungsbericht orientiert sich am Ziel, bis ins Jahr 2050 den CO₂-Ausstoss auf 2,2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr zu senken, und wir sind auf dem richtigen Weg, dazu stehe ich. Und dieses Ziel hat der Kantonsrat – hören Sie gut zu – mit Nummer 4507b im Jahre 2009 so gesetzt. Zur Zielerreichung dient das Szenarium «Fortschritt». Strengere Anforderungen würden zu einer Zielüberfüllung führen. Dazu wären nämlich staatlich verordnete Suffizienz-Massnahmen notwendig, ich habe das bereits erwähnt.

Der vierte Punkt steht im Antrag auf Ablehnung: «Die Strategie des Regierungsrates muss klare Aussagen zum Ausstieg aus der Kernenergie enthalten.» Die Aussagen sind klar. Der Regierungsrat legt grössten Wert auf die Einhaltung von Sicherheit und Umweltstandards – das gilt nicht nur für die Kernenergie –, die während der ganzen Betriebszeit einzuhalten sind. Den Entscheid, wann die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, fällt der Bund und nicht der Kanton.

Generelle Technologieverbote werden hingegen vom Kanton wie auch vom Bund abgelehnt, ich habe das bereits auch erwähnt.

Ein weiterer Satz: «Es sind keine neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen.» Das ist Sache des Bundes, der sich schon dazu geäußert hat. Der Energieplanungsbericht 2013 enthält keine Forderungen nach neuen Kernkraftwerken.

Und zuletzt noch: «Und zumindest die vier AKW mit Zürcher Beteiligung sind am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillzulegen», ist die Forderung. Dieser Forderung wird zugestimmt. Sie steht nämlich auch so im Energieplanungsbericht.

Ich bitte Sie nochmals, über Ihre eigenen inneren Bücher zu gehen. Es ist mir klar, es wird natürlich rein politisch und vielleicht auch auf die nächsten Wahlen hin taktiert. Aber hier geht es um einen Bericht und dieser Bericht beschreibt den Ist-Zustand und er beschreibt auch, wohin die Reise eigentlich gehen soll und mit welchen Mitteln. Und der Bericht ist realistisch, nicht futuristisch. Daher bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und diesem guten Bericht, der in die richtige Richtung weist, aber realistisch ist, zu genehmigen. Ich danke Ihnen.

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Neben dem Rückweisungsantrag von Andreas Wolf liegt ein weiterer Rückweisungsantrag von Yvonne Bürgin mit unterschiedlichen Begründungen vor. Wir stellen zuerst diese beiden Rückweisungsanträge gegenüber.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Der Energieplanungsbericht geht schwergewichtig auf die fossile Energie ein. Das ist richtig so. Ich möchte aber Gabriela Winkler widersprechen: Es ist hier kein Spartendenken mehr sinnvoll, sondern wir müssen Gesamtenergiebetrachtungen machen. Der Verbrauch an Erdöl und Erdgas muss im Kanton Zürich drastisch gesenkt werden. Aber auch die importierte graue Energie, welche neben Erdöl und Erdgas auch die Kohle einschliesst, muss drastisch reduziert werden. Die Gründe dafür sind vielfältig: Klimaschutz, Abhängigkeit vom Ausland sowie Lieferanten, mit denen man nur ungern eine warme Mahlzeit teilen würde. Wenn wir das im Rückweisungsantrag in drei von vier Punkten thematisieren, dann geben wir der fossilen Energie das entsprechende Gewicht. Es ist für die Grünen nicht verständlich, wenn man die indirekt subventionierte Kohle für Strom in Europa kritisiert, zu Recht, und dann die laschen CO₂-Reduktionsfortschritte im Kanton Zürich ausblenden will. Wir

können die Kohle für Strom in Europa nicht beeinflussen, wir können aber den Verbrauch an fossiler Energie im Kanton Zürich beeinflussen. Machen wir also das, was wir können, dann leisten wir unseren Teil.

Den Grünen sind diese drei Punkte, welche im Rückweisungsantrag von Yvonne Bürgin leider fehlen, sehr wichtig. Wir greifen damit auch die Kritik des Schweizerischen Baumeisterverbandes auf, welcher dezidiert eine Verstärkung des Engagements in der Altbausanierung verlangt. Wieso sich hier die CVP, FDP und SVP gegen den Baumeisterverband stellen, ist mir nicht verständlich. Auch der Verkehr ist weit davon entfernt, seine CO₂-Reduktionsziele zu erfüllen. Auch hier hat der Kanton Zürich die Möglichkeit, mehr Einfluss zu nehmen. Sie haben beim ROK (*Raumordnungskonzept*) diesen Abschnitt unterstützt, wieso machen Sie jetzt hier einen Rückzieher?

Teilweise – teilweise – nimmt der Antrag Bürgin die Suffizienz-Strategie auf. Nun, wir sagen nicht, dass alles im Energieplanungsbericht schlecht sei. Der Bericht ist in weiten Teilen aufschlussreich. Hanspeter Haug hat ein gutes Beispiel auch abgehandelt. Es geht aber nicht nur um einen Bericht, sondern es geht um eine Planung. Und wir ziehen aus unserer Analyse andere Schlüsse als der Regierungsrat und verlangen, dass wir bei der Planung einen oder zwei oder besser noch mehr Gänge höher schalten.

Der Rückweisungsantrag Bürgin hat im letzten Satz eine ganz fatale Formulierung. Sie verlangen gleichlautend wie der Regierungsrat, dass die AKW bis zum sicherheitstechnischen Ende laufen sollen. Das ist aus verschiedenen Punkten gefährlich. Nur wenn der Ausstieg aus den AKW zeitlich definiert wird, können Fehlinvestitionen in diesen defizitären Bereich verhindert werden. Es widerspricht kaufmännischem Denken, wenn man schlechtem Geld noch gutes Geld nachwirft. Aus Sicht der Grünen gibt es für Beznau I und Beznau II schon gar keinen Markt mehr, so wenig wie für Mühleberg. Der europäische Strommarkt hat sich geändert, das kam nicht von gestern auf heute. Wenn man jetzt sagt, man habe das nicht voraussehen können, na ja, die Axpo ist seit Längerem international unterwegs. Es ist aber für uns voraussehbar, dass wir mit unserem Antrag keine Mehrheit haben. Auch wenn für uns der Antrag der CVP nicht ganz 100 ist, in diesem Saal reicht es offenbar, wenn man knapp über 80 zählen kann.

Entsprechend ziehen wir unseren Rückweisungsantrag zurück und unterstützen den weichgespülten Rückweisungsantrag der CVP.

Ihr letzter Satz ist irrelevant, der wird nämlich vom Strommarkt korrigiert.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Wir bedauern den Rückzug des Antrags von Andreas Wolf. Der Antrag Wolf wäre ein klarer Auftrag für den Regierungsrat gewesen, in welche Richtung die Überarbeitung des Energieberichts hätte vonstattengehen müssen. Der Rückzug ist aber wohl unumgänglich, um eine Mehrheit für eine Rückweisung insgesamt zu erhalten. Wir werden dem CVP-Antrag mit Zähnefletschen zustimmen. Wir stimmen zu, obschon die Begründung im CVP-Antrag und damit der Auftrag zur Überarbeitung des Energieberichts Wischiwaschi ist, nichtssagend und im letzten Satz nicht stufengerecht. Markus Kägi hat es ausgeführt, der Kanton Zürich hat selbstverständlich keinerlei Kompetenz, hatte sie nie, Rahmenbedingungen für Kernkraftwerke zu erteilen.

Ich möchte deshalb noch einmal an die Adresse der Regierung und zuhänden des Protokolls festhalten, was wir im überarbeiteten Bericht nach der hoffentlich erfolgreichen Rückweisung erwarten. Die Polemik von Lorenz Habicher war so falsch wie polemisch. Wir geben unsere Zielsetzungen nicht auf. Ich halte hier noch einmal fest: Es geht bei der Überarbeitung erstens um eine umfassende Kompatibilität der Zürcher Energiepolitik mit der Energiestrategie 2050 des Bundes. Zürich muss in den nächsten Jahrzehnten alles daran setzen, den Gesamtenergieverbrauch und den CO₂-Ausstoss wesentlich rascher als bisher geplant zu senken. Zweitens: Der Ausstieg aus der Kernenergie hat so rasch wie möglich zu geschehen. Drittens: Die beschleunigte Reduzierung der Energieverschleuderung im Gebäudebereich muss abgestellt werden. Viertens: Wir verlangen eine entschiedene Förderung der neuen erneuerbaren Energien, nicht nur im Ausland, sondern auch in unserem Kanton. In diesem Sinne und mit diesem Auftrag stimmen wir dem Rückweisungsantrag der CVP zu, als deutliches Signal an die Regierung: Den Weg bitte zu Ende gehen und nicht auf halbem Weg stehenbleiben!

Abschliessend noch eine Bemerkung zur CVP: Man hört, dass die Fraktion nicht geschlossen für ihren eigenen Antrag stimmen werde. Das wäre, mit Verlaub, mehr als nur speziell. Es wäre kein Zeichen

von Eigenständigkeit, sondern eher von Unanständigkeit. Sollte der Rückweisungsantrag scheitern, ist die CVP selber schuld. Wir hätten es dann mit einem gröberen Jagdunfall zu tun, dem klassischen Schuss ins eigene Bein (*Heiterkeit*).

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): SP und Grüne machen sich jetzt lächerlich. Sie ziehen sich bis auf die Unterhosen aus für einen Antrag, der ja so schon im Energieplanungsbericht steht, der eigentlich gar nicht mit einer Rückweisung erreicht werden kann. Und wenn Herr Markus Späth die Erwartungen in seinem Sinne noch aufzählt, dann kann er das vergessen. Die Rückweisung der CVP ist eigentlich klar. Der Antrag ist klar begründet und genau diese Forderungen sind schon im Energieplanungsbericht 2013 erfüllt. Wir sind jetzt froh, dass Orlando Wyss den Antrag auf Namensaufruf gestellt hat. Denn da sieht man ganz genau, wer seine Politik ganz billig verkauft und sich sozusagen aufgibt, nur um eine Mehrheit für eine Rückweisung eines Berichts zu erhalten, um dannzumal wieder genau das gleiche Ergebnis zu erhalten, das jetzt schon drinsteht. Schlussendlich müssen Sie einfach sehen: 2006 haben wir unseren Auftrag wahrgenommen und den Energieplanungsbericht letztmalig verabschiedet. 2010 hat es nicht stattgefunden. Jetzt schreiben wir das Jahr 2014 und es wird voraussichtlich wieder nicht stattfinden, weil Rot-Grün nicht die Kraft findet, zu den eigenen Anträgen zu stehen, und nicht die Kraft findet, ihre Energiepolitik zu verfolgen, sondern sich aufgibt, sich bis auf die Unterhosen auszieht und sich bei der CVP anbiedert. Für uns ist das in Ordnung. Sie haben keine Energiepolitik mehr, Sie werden sie die nächsten vier Jahre auch nicht mehr haben. Sie haben alles verloren mit dem Rückzug Ihres Rückweisungsantrages. Das ist gut so. Wenn die CVP jetzt noch ihren Rückweisungsantrag zurückzieht, dann sind wir dort, wo wir stehen sollten: Wir genehmigen den Energieplanungsbericht und die Sache ist gegessen. Die CVP wahrt ihr Gesicht, links-grün ist blamiert und die Sache ist vorüber. Schade, dass wir einen ganzen Morgen diskutieren müssen, damit die SP und Grünen nachher ihren Rückzug bekannt geben können. Interessant ist auch, dass die GLP dabei mitmacht. Die sind ja die Dritten, die da unterzeichnet haben beim Rückweisungsantrag. Und sie schweigen. Betroffenes Schweigen, weil sie genau wissen, dass sie ihre Formulierungen nicht finanzieren können. Sie würden dort in ein Debakel laufen, also können sie jetzt mit dem Rückzug leben. Es ist eine blamable Vorstellung der Links-Grünen-Grünliberalen in diesem Rat und ich bin ja

froh, wenn es so rauskommt. Und wenn Esther Guyer noch versucht zu retten, was noch zu retten ist. Die Felle sind aber die Limmat hinuntergeschwommen und Sie haben verloren.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir brauchen einen neuen Energieplanungsbericht, und zwar basierend auf der Vision 2050, aber nicht nur als umfassende Kompatibilität mit dem Bund, wie das von Kollege Markus Späth gesagt wurde, wir möchten auch, dass der Kanton Zürich taktgebend wird, auch in diesem Thema; taktgebend im Hinblick auf eine tatsächlich zukunftsorientierte Energiepolitik. Etwas anderes können wir uns nicht leisten, weder finanziell noch ökologisch. Dafür braucht es wohl zuerst neue Wahlen, dafür braucht es mehr Grün, mehr Grün-Grün, mehr Rot-Grün und vor allem mehr Grünliberal. Wenn Sie schon den Wahlkampf heute wirklich eröffnen möchten – ich hänge mich gerne auch hier rein. Wir werden dann ja sehen im April.

Jetzt stimmen wir diesem Rückweisungsantrag der CVP zu, nicht zähnefleischend – das Fletschen ist etwas für Rivalen –, sondern zähneknirschend, man wird das hören. Aber auch dieser Rückweisungsantrag öffnet eine Tür für eine bessere Energieplanung. Und wir haben es auch schon gesagt, der Energieplanungsbericht hat ganz viele gute Seiten drin. Er berichtet über die guten Seiten. Und jetzt geht es darum, einen Schritt weiter zu machen. Und wenn der kleine Schritt, der Rückweisungsantrag der CVP, dazu beiträgt, dass wir einen Schritt weiterkommen, dann unterstützen wir diesen. Danke.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Lieber Herr Habicher (*Lorenz Habicher*), wenn Sie uns unterstellen, dass wir in Fragen der Energiepolitik die Unterhosen ausziehen, muss ich Ihnen sagen: Wir wären froh, Sie würden Sie endlich mal anziehen (*Heiterkeit*). Das ist es doch, was Ihnen fehlt. Die Energiewende, die können Sie mit oder ohne Unterhosen nicht mehr aufhalten, die Energiewende findet statt. Schmerzvoll muss das ja jetzt auch die Axpo, die alles verschlafen hat, zur Kenntnis nehmen. Was passiert mit der Axpo? Abschreiber, Abschreiber, Abschreiber, bis am Schluss der Steuerzahler die Schulden wieder bezahlen muss, weil sie alles verschlafen haben, weil sie das europäische Umfeld missachten, weil sie keine Politik machen. Da stehen wir heute. Und ich sage es Ihnen noch einmal: Diesen Satz, wir werden ihn unterstützen, weil der CVP wieder einmal nichts Geschei-

teres eingefallen ist. Aber er wird nicht viel ändern. Er wird nicht viel ändern, er wird die Energiepolitik in der Schweiz nicht mehr aufhalten. Das einzige, was Sie noch tun können, ist jammern, genau das, was die Axpo jetzt macht. Und darum muss ich Ihnen sagen: Es wäre besser, Sie würden sich mal zurückziehen und darüber nachdenken. Ich danke Ihnen.

Roland Munz (SP, Zürich): Lieber Lorenz Habicher, du hast mich natürlich auch herausgefordert. Schön, dass ihr uns sagt, wo wir stehen und was wir mit unserer Unterwäsche zu tun haben. Nun, es mag ja sein, dass es der SVP tatsächlich vollkommen fremd ist, dass man auch einmal einen Abstrich einer Position machen kann, um zu einer breiten Abstimmung zu gelangen. Nur, so geht halt demokratischer Diskurs. Das mag Ihnen fremd sein, aber es ist so. Dazu gehört auch, dass man die eigenen Forderungen auch einen Schritt zurücknimmt, und zuhanden des Protokolls, zuhanden der Materialien nicht fallen lässt, sondern auf die zweite Stufe, in die Materialien, schreibt, um in einem demokratischen Kurs halt einen breiten Konsens zu bekommen. Das kennen Sie zwar nicht, aber wir – bis und mit der CVP – kennen das, wir machen das. Wir sind überzeugt davon, dass es besser ist, einen Schritt zu machen als einen grossen Schritt zu wollen. Wir gehen mit der CVP einen Schritt weiter, deponieren unsere Forderungen in den Materialien. Der Regierungsrat ist anwesend, er weiss ganz genau, was wir meinen (*Heiterkeit*). Deshalb unterstützen wir den Rückweisungsantrag mit unseren Forderungen, die wir jetzt einen Morgen lang erklärt haben.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Effizienz und Suffizienz sind für uns nicht nur leere Worte, sondern wir leben das auch in der Ratsdebatte und brauchen nicht fünf, sechs Votanten, um uns in Szene zu setzen.

Regierungsrat Markus Kägi: Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen. Das Erste an Kantonsrat Späth (*Markus Späth*): Sie haben gesagt, wir müssten den Bericht überarbeiten. Sie werden nicht einen überarbeiteten Bericht erhalten, wenn Sie ihn ablehnen, sondern Sie werden einen neuen Bericht im Jahr 2017 erhalten. Nicht dass Sie meinen, dass wir schon in einem halben Jahr oder in einem Jahr Ihnen einen in

Ihrem Sinne korrigierten Bericht vorlegen werden. Das vielleicht auch noch zur Überlegung und zum politischen Markieren hier drin.

Zweite Bemerkung: Frau Guyer (*Esther Guyer*): Sie haben die Axpo erwähnt – sie wurde auch vorher schon erwähnt – mit ihrem Impairment (*Werthaltigkeit*) von 1,5 Milliarden Franken. Es sind nicht nur AKW, sondern auch Windanlagen, die dieses Impairment beinhaltet. Bereits auf Wind müssen wir buchhalterische Abschreibungen machen und das ist erneuerbare Energie. Ja, auf Windparks, oder wollen Sie auf den Üetliberg? Meinen Sie, dass das reicht für den Kanton Zürich? Wir haben uns im Ausland engagiert, wir haben investiert in erneuerbare Energie. Auch das ist nicht recht für die Grünen, da weiss ich nicht mehr, was ich machen soll. Kohlestrom kommt für mich nicht infrage und ich hoffe, für Sie auch nicht.

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Wir kommen nun zur Abstimmung. Orlando Wyss hat Namensaufruf verlangt.

Namensabstimmung

Für den Antrag der Kommission stimmen folgende 76 Ratsmitglieder:
 Amacker Bruno (SVP, Zürich); Amrein Hans-Peter (SVP, Küsnacht); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Berger Antoine (FDP, Kilchberg); Bollinger Erich (SVP, Rafz); Borer Anita (SVP, Uster); Camenisch Linda (FDP, Bülach); Dalcher Pierre (SVP, Schlieren); Egli Hans (EDU, Steinmaur); Egli Karin (SVP, Elgg); Farner Martin (FDP, Oberstammheim); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Ruth (SVP, Wald); Frey Beatrix (FDP, Meilen); Furrer Astrid (FDP, Wädenswil); Fürst Reinhard (SVP, Illnau-Effretikon); Gantner Alex (FDP, Maur); Haab Martin (SVP, Mettmenstetten); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Haller Margrit (SVP, Kilchberg); Hänni Cecilia (FDP, Zürich); Häring Hans Peter (EDU, Wettswil a. A.); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hofer Jacqueline (SVP, Dübendorf); Hofmann Olivier (FDP, Hausen a. A.); Huber Beat (SVP, Buchs); Isler René (SVP, Winterthur); Isliker Walter (SVP, Zürich); Keller Rolando (SVP, Winterthur); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kull Katharina (FDP, Zollikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kyburz Heinz (EDU, Männedorf); Langhard Walter (SVP, Winterthur); Langhart Konrad (SVP, Oberstammheim); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zü-

rich); Moor Ursula (SVP, Höri); Preisig Peter (SVP, Hinwil); Rath Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rinderknecht Margreth (SVP, Wallisellen); Rueff Sonja (FDP, Zürich); Sauter Regine (FDP, Zürich); Scheck Roland (SVP, Zürich); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Roman (SVP, Opfikon); Schneebeili Jakob (SVP, Affoltern a. A.); Schoch Walter (EVP, Bauma); Schwab Daniel (FDP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Steinmann Armin (SVP, Adliswil); Stucker Rolf (SVP, Zürich); Sulser Jürg (SVP, Otelfingen); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Uhlmann Peter (SVP, Dinhard); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Vogt Hans-Ueli (SVP, Zürich); Vollenweider Peter (FDP, Stäfa); Vontobel Erich (EDU, Bubikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Welz Michael (EDU, Oberembrach); Wettstein Sabine (FDP, Uster); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Wyss Orlando (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Gossau); Zimmermann Rolf (SVP, Zumikon); Zuber Martin (SVP, Waltalingen).

Für den Minderheitsantrag von Yvonne Bürgin stimmen folgende 89 Ratsmitglieder:

Agosti Monn Theres (SP, Turbenthal); Barrile Angelo (SP, Zürich); Bellaiche Judith (GLP, Kilchberg); Bischoff Markus (AL, Zürich); Bloch Beat (CSP, Zürich); Brazerol Rico (BDP, Horgen); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Büchi Renate (SP, Richterswil); Bürgin Yvonne (CVP, Rüti); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütikofer Kaspar (AL, Zürich); Daurù Andreas (SP, Winterthur); Dietschi Urs (Grüne, Lindau); Egli Ursina (SP, Stäfa); Erdin Andreas (GLP, Dürnten); Erni Jonas (SP, Wädenswil); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fenner Bruno (BDP, Dübendorf); Ferro Ornella (Grüne, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frei Daniel (SP, Niederhasli); Göldi Hanspeter (SP, Meilen); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gut Astrid (BDP, Wallisellen); Gutmann Eva (GLP, Zürich); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hans Urs (Grüne, Turbenthal); Hasler Andreas (GLP, Illnau-Effretikon); Hauri Andreas (GLP, Zürich); Häusler Edith (Grüne, Kilchberg); Heierli Daniel (Grüne, Zürich); Heuberger Catherine (SP, Zürich); Hodel Daniel (GLP, Zürich); Hoesch Felix (SP, Zürich); Homberger Max (Grüne, Wetzikon); Huber Stefanie (GLP, Dübendorf); Hübscher Lilith Claudia (Grüne, Winterthur); Hunger Stefan (BDP, Mönchaltorf); Joss Rosmarie (SP, Dietikon); Kaeser Regula

(Grüne, Kloten); Katumba Andrew (SP, Zürich); Keller Cornelia (BDP, Gossau); Kleiber Ruth (EVP, Winterthur); Kutter Philipp (CVP, Wädenswil); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Läubli Hans (Grüne, Affoltern a. A.); Lenggenhager Marcel (BDP, Gossau); Loss Davide (SP, Adliswil); Mäder Jörg (GLP, Opfikon); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Marthaler Thomas (SP, Zürich); Marti Res (Grüne, Zürich); Meyer Mattea (SP, Winterthur); Munz Roland (SP, Zürich); Neukom Martin (Grüne, Winterthur); Peter Jacqueline (SP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Rappazzo Pierre (GLP, Wädenswil); Ritschard Peter (EVP, Zürich); Rohweder Maria (Grüne, Männedorf); Schaaf Markus (EVP, Zell); Schaffner Barbara (GLP, Otelfingen); Scherrer Moser Benno (GLP, Uster); Schmid Lorenz (CVP, Männedorf); Schwarzenbach Beni (GLP, Zürich); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Seiz Silvia (SP, Zürich); Sieber Hirschi Sabine (SP, Sternenbergr); Späth Markus (SP, Feuerthalen); Spillmann Moritz (SP, Ottenbach); Spring Monika (SP, Zürich); Stampfli Michael (SP, Winterthur); Steiner Kathy (Grüne, Zürich); Steiner Rafael (SP, Winterthur); Stutz Peter (SP, Embrach); Thomet Corinne (CVP, Kloten); von Planta Cyrill (GLP, Zürich); Wahlen Denise (GLP, Zürich); Wicki Monika (SP, Wald); Widler Josef (CVP, Zürich); Widmer Céline (SP, Zürich); Wiesner Hans (GLP, Bonstetten); Wirth Thomas (GLP, Hombrechtikon); Wolf Andreas (Grüne, Dietikon); Zeugin Michael (GLP, Winterthur); Ziegler Christoph (GLP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 4 Ratsmitglieder:

Albanese Franco (CVP, Winterthur); Pinto Jean-Philippe (CVP, Volketswil); Steiner Silvia (CVP, Zürich); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon).

Abwesend sind folgende 10 Ratsmitglieder:

Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Burtscher Rochus (SVP, Dietikon); Geistlich Andreas (FDP, Schlieren); Gutknecht René (GLP, Urdorf); Johner Brigitta (FDP, Urdorf); Lucek Christian (SVP, Dänikon); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Stofer Judith (AL, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Die Ratspräsidentin weilt traditionsgemäss am Ausstich des Knabenschiessens. Nicht gestimmt hat die Ratsvizepräsidentin.

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 76 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag von Yvonne Bürgin zuzustimmen und die Vorlage 5047a an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Detailberatung der Vorlage 4986a

Titel und Ingress

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Wir haben es jetzt zweimal gehört, wir werden bis 2017 keinen neuen ergänzten Energiebericht erhalten. Das ist zu bedauern. Ein Kanton Zürich, der grösste Kanton der Schweiz, in diesem strategischen Bereich ohne eine präzise Grundlage, das ist wirklich zu bedauern. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir der Behördeninitiative hier zustimmen. Diese Behördeninitiative kann die Regierung, wenn wir sie überweisen, nicht verweigern. Sie muss innert nützlicher Frist dazu Stellung nehmen. Deshalb bitte ich alle, die jetzt zur Rückweisung beigetragen haben, dringend, dieser Behördeninitiative zuzustimmen. Das ist logisch, eine Folge der überwiesenen Rückweisung.

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Markus Späth, ich habe einen Fehler gemacht. Vor Ihnen wäre noch der Präsident der KEVU am Wort gewesen, wenn er das gewollt hätte. (*Ruedi Lais signalisiert, dass er das Wort nicht wünscht.*) Danke.

Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt): Was wie eben erlebt haben, ist eine Totgeburt, die peinlicher für diesen Rat nicht sein könnte. Und wenn wir jetzt noch weiter gehen würden und auch noch die Behördeninitiative in den Himmel befördern würden, würden wir definitiv die Kompetenzen dieses Rates und des Regierungsrates übersteigen, und das ist einfach einer Behörde und eines Parlaments unwürdig, das genau wissen müsste, wo seine Zuständigkeiten sind; das gilt übrigens auch für die Initianten der Behördeninitiative. Der Entscheid des Bundesrates, aus der Kernenergie auszusteigen, ist Gegenstand der eidgen-

nössischen Politik. Wenn der Kanton Zürich sich für eine Energiestrategie einsetzen will, die kompatibel ist mit dem Bund, so tut er das mit dem nun zurückgewiesenen Energieplanungsbericht. Aber er wird ganz bestimmt nicht in der Lage sein, diese Behördeninitiative in irgendeiner glaubwürdigen Art und Weise umzusetzen. Ich bitte Sie daher eindringlich und ich bitte insbesondere auch die Kolleginnen und Kollegen der CVP, die sich mutmasslich von ihrer Bundesrätin (*Doris Leuthard*) etwas haben irreleiten lassen, hier nicht noch einmal auf dem Glatteis auszurutschen. Besten Dank.

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Auch hier wurde von Orlando Wyss ein Antrag auf Namensaufruf gestellt.

Namensabstimmung

Für den Antrag der Kommission stimmen folgende 85 Ratsmitglieder:
 Albanese Franco (CVP, Winterthur); Amacker Bruno (SVP, Zürich); Amrein Hans-Peter (SVP, Küsnacht); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Berger Antoine (FDP, Kilchberg); Bollinger Erich (SVP, Rafz); Borer Anita (SVP, Uster); Bürgin Yvonne (CVP, Rüti); Camenisch Linda (FDP, Bülach); Dalcher Pierre (SVP, Schlieren); Egli Hans (EDU, Steinmaur); Egli Karin (SVP, Elgg); Farner Martin (FDP, Oberstammheim); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Ruth (SVP, Wald); Frey Beatrix (FDP, Meilen); Furrer Astrid (FDP, Wädenswil); Fürst Reinhard (SVP, Illnau-Effretikon); Gantner Alex (FDP, Maur); Haab Martin (SVP, Mettmenstetten); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Haller Margrit (SVP, Kilchberg); Hänni Cecilia (FDP, Zürich); Häring Hans Peter (EDU, Wettswil a. A.); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hofer Jacqueline (SVP, Dübendorf); Hofmann Olivier (FDP, Hausen a. A.); Huber Beat (SVP, Buchs); Isler René (SVP, Winterthur); Isliker Walter (SVP, Zürich); Keller Rolando (SVP, Winterthur); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Kull Katharina (FDP, Zollikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kutter Philipp (CVP, Wädenswil); Kyburz Heinz (EDU, Männedorf); Langhard Walter (SVP, Winterthur); Langhart Konrad (SVP, Oberstammheim); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Moor Ursula (SVP, Höri); Pinto Jean-Philippe (CVP, Volketswil); Preisig Peter (SVP, Hinwil);

Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rinderknecht Margreth (SVP, Wallisellen); Rueff Sonja (FDP, Zürich); Sauter Regine (FDP, Zürich); Scheck Roland (SVP, Zürich); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Lorenz (CVP, Männedorf); Schmid Roman (SVP, Opfikon); Schneebeli Jakob (SVP, Affoltern a. A.); Schoch Walter (EVP, Bauma); Schwab Daniel (FDP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Steiner Silvia (CVP, Zürich); Steinmann Armin (SVP, Adliswil); Stucker Rolf (SVP, Zürich); Sulser Jürg (SVP, Otelfingen); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thomet Corinne (CVP, Kloten); Uhlmann Peter (SVP, Dinhard); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Vogt Hans-Ueli (SVP, Zürich); Vollenweider Peter (FDP, Stäfa); Vontobel Erich (EDU, Bubikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Welz Michael (EDU, Oberembrach); Wettstein Sabine (FDP, Uster); Widler Josef (CVP, Zürich); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Wyss Orlando (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Gossau); Zimmermann Rolf (SVP, Zumikon); Zuber Martin (SVP, Waltalingen).

Für den Minderheitsantrag von Andreas Wolf stimmen folgende 82 Ratsmitglieder:

Agosti Monn Theres (SP, Turbenthal); Barrile Angelo (SP, Zürich); Bellaiche Judith (GLP, Kilchberg); Bischoff Markus (AL, Zürich); Bloch Beat (CSP, Zürich); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Büchi Renate (SP, Richterswil); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütikofer Kaspar (AL, Zürich); Daurù Andreas (SP, Winterthur); Dietschi Urs (Grüne, Lindau); Egli Ursina (SP, Stäfa); Erdin Andreas (GLP, Dürnten); Erni Jonas (SP, Wädenswil); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fenner Bruno (BDP, Dübendorf); Ferro Ornella (Grüne, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frei Daniel (SP, Niederhasli); Göldi Hanspeter (SP, Meilen); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gut Astrid (BDP, Wallisellen); Gutmann Eva (GLP, Zürich); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hans Urs (Grüne, Turbenthal); Hasler Andreas (GLP, Illnau-Effretikon); Hauri Andreas (GLP, Zürich); Häusler Edith (Grüne, Kilchberg); Heierli Daniel (Grüne, Zürich); Heuberger Catherine (SP, Zürich); Hodel Daniel (GLP, Zürich); Hoesch Felix (SP, Zürich); Homberger Max (Grüne, Wetzikon); Huber Stefanie (GLP, Dübendorf); Hübscher Lilith Claudia (Grüne, Winterthur); Hunger Stefan

(BDP, Mönchaltorf); Joss Rosmarie (SP, Dietikon); Kaeser Regula (Grüne, Kloten); Katumba Andrew (SP, Zürich); Keller Cornelia (BDP, Gossau); Kleiber Ruth (EVP, Winterthur); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Läubli Hans (Grüne, Affoltern a. A.); Loss Davide (SP, Adliswil); Mäder Jörg (GLP, Opfikon); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Marthaler Thomas (SP, Zürich); Marti Res (Grüne, Zürich); Meyer Mattea (SP, Winterthur); Munz Roland (SP, Zürich); Neukom Martin (Grüne, Winterthur); Peter Jacqueline (SP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Rappazzo Pierre (GLP, Wädenswil); Ritschard Peter (EVP, Zürich); Rohweder Maria (Grüne, Männedorf); Schaffner Barbara (GLP, Otelfingen); Scherrer Moser Benno (GLP, Uster); Schwarzenbach Beni (GLP, Zürich); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Seiz Silvia (SP, Zürich); Sieber Hirschi Sabine (SP, Sternenbergr); Späth Markus (SP, Feuerthalen); Spillmann Moritz (SP, Ottenbach); Spring Monika (SP, Zürich); Stampfli Michael (SP, Winterthur); Steiner Kathy (Grüne, Zürich); Steiner Rafael (SP, Winterthur); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Stutz Peter (SP, Embrach); von Planta Cyrill (GLP, Zürich); Wahlen Denise (GLP, Zürich); Wicki Monika (SP, Wald); Widmer Céline (SP, Zürich); Wiesner Hans (GLP, Bonstetten); Wirth Thomas (GLP, Hombrechtikon); Wolf Andreas (Grüne, Dietikon); Zeugin Michael (GLP, Winterthur); Ziegler Christoph (GLP, Elgg); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zollinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten hat sich folgendes Ratsmitglied:

Schaaf Markus (EVP, Zell).

Abwesend sind folgende 11 Ratsmitglieder:

Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Brazerol Rico (BDP, Horgen); Burtscher Rochus (SVP, Dietikon); Geistlich Andreas (FDP, Schlieren); Gutknecht René (GLP, Urdorf); Johner Brigitta (FDP, Urdorf); Lenggenhager Marcel (BDP, Gossau); Lucek Christian (SVP, Dänikon); Stofer Judith (AL, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Züllig Hansueli (SVP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Die Ratspräsidentin weilt traditionsgemäss am Ausstich des Knabenschliessens. Nicht gestimmt hat die Ratsvizepräsidentin.

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 82 Stimmen (bei 1 Enthaltung), der Vorlage 4986a zuzustimmen und somit die Behördeninitiative 180/2011 des Gemeinderates der Stadt Zürich abzulehnen.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Die Geschäfte 5 und 6 sind erledigt.

Verschiedenes

Gesuch um Rücktritt aus dem Kantonsrat von Andreas Wolf, Dietikon

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben: «Hiermit ersuche ich um vorzeitige Entlassung aus dem Kantonsrat auf das Datum der Regelung meiner Nachfolge.

Mit freundlichen Grüssen, Andreas Wolf.»

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Kantonsrat Andreas Wolf, Dietikon, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind. Das ist der Fall.

Der Rücktritt ist genehmigt. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Schützenkönigin des Knabenschiessens 2014

Ratsvizepräsidentin Theresia Weber: Ich habe noch eine ganz wichtige Mitteilung zu machen. Wir haben eine fünfte Schützenkönigin im Kanton Zürich. Die junge Dame, 17-jährig, heisst Milena Brennwald, stammt aus Neftenbach. Sie hatte im ersten Schiessen 35 Punkte und hat heute Morgen Nerven bewiesen und noch einmal 32 Punkte geschossen. Wir gratulieren ihr ganz herzlich. (*Applaus.*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Mensa in der Allgemeinen Berufsschule Zürich (ABZ)**
Dringliche Anfrage *Hanspeter Göldi (SP, Meilen)*
- **Pensionierungsalter und Bel-Etage-Lösungen bei der ZKB**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*
- **Vorbereitungskurs Mathematik an der Kantonsschule Zürich Nord**
Anfrage *Moritz Spillmann (SP, Ottenbach)*
- **Erhaltung wertvoller Industriezeugen**
Anfrage *Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau)*

Schluss der Sitzung: 11.40 Uhr

Zürich, den 15. September 2014

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 29. September 2014.